

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Das Tier im bäuerlichen Blick

Tierhaltung

Die Fleischbranche diskutiert das Thema Tierwohl und ist verunsichert. Große Strukturen sorgen für Gülleüberschüsse, weite Transporte und aktive Gegenbewegungen. Mit dem Tierarzt unterwegs gibt Einblicke. Mehr lesen auf den **Seiten 2 und 11 bis 14**.

Agrarreform

Ringen bis zum Schluss: Parlament, Rat und Kommission einigen sich in Brüssel auf die EU-Agrarpolitik ab 2014 und verlagern Gestaltung und Möglichkeiten zur Geldverteilung in die Mitgliedsländer. Ergebnisse und offene Baustellen auf den **Seiten 4 und 5**.

International

EU und USA wollen Freihandel ankurbeln und setzen Standards im Agrarbereich aufs Spiel. Zivilgesellschaft hält mit Forderung nach global gerechter Erzeugung dagegen: Vorstellungen zur Ernährungssouveränität a la Via Campesina auf den **Seiten 7, 10 und 19**.

Foto: Herzog

Die Seite 3

Das Brötchen aus der Backstation 3

Agrarpolitik

Reform-Ansatz weitgehend bestätigt 4

Aigner will Reform unterlaufen. 5

Altersvorsorge Hofübergabepanung. 6

Transatlantische Partnerschaft nicht so 7

Bewegung

Milch im Rauchnebel. 8

Politik für unsere Zukunft. 18

La Via Campesina in Jakarta 19

Märkte

Eiweißfutter: Global oder regional? 10

Schwerpunkt

Grillen und philosophieren. 11

Bauernhöfe statt Agrarfabriken! 12

Zu Wasser, an Land und in der Luft. 13

Schweine, Ställe und Haltungen 14

Nachbau

Die Geister, die die STV rief 15

Agrarstruktur

Umweltwirkung und Betriebsgröße 16

Gentechnik

In uns und um uns und um uns herum 17

Weitere Themen

Zu Besuch auf der Alp und bei Georg Planthaler, Seite 9;
Leserbriefe, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Was haben die drittgrößte Stadt Deutschlands und eine 8000-Seelen-Gemeinde gemeinsam? An beiden Orten werden sich Menschen mit Demonstrationen am 13. Juli und am 31. August in Bewegung setzen. Sie haben es gemeinsam satt, dass die Interessen einer agrarindustriellen Produktion politisch höher bewertet werden als die Interessen für eine bäuerliche ökologische Zukunftslandwirtschaft. Ein zunehmender Teil der Zivilbevölkerung in den Städten und in den ländlichen Regionen ist mit der o.g. Rangfolge nicht mehr einverstanden. Was liegt näher, als vor den Bundestagswahlen und vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen diesen Protest auch auf die Straße zu bringen, ein weiteres Zeichen zu setzen für Bauernhöfe statt Agrarfabriken! Bürger und Bauern gemeinsam, entschlossen, bunt, vielfältig, pfiffig, friedlich. Die von der AbL im engen Bündnis mit vielen Nichtregierungsorganisationen geforderten Agrarreformmaßnahmen, die an der einseitigen Bevorteilung der agrarindustriellen Strukturen



Kommentar

München
und
Wietze

rütteln, werden von Seiten der Bundesregierung sowie der Führungsspitze des Deutschen Bauernverbandes massiv bekämpft. Wir würden angeblich die Wettbewerbsfähigkeit der größeren Betriebe abwürgen und hätten einen Neidkomplex. Es geht aber um mehr soziale Gerechtigkeit für die übergroße Anzahl bäuerlicher Betriebe. Wir Bauern müssen entscheiden, ob wir als gefügiger Teil der Agrarindustrie und als auswechselbarer Rohstoffproduzent weiter machen. Oder machen wir uns mit der Gesellschaft auf den Zukunftsweg, nicht immer einfach, aber mit gesellschaftlichem Rückhalt und wirtschaftlicher Perspektive. Die Absahner des bisherigen Systems verteidigen die Entwicklung des „Wachsens oder Weichens“ mit Zehen und Klauen. Ihre Zehen sind schwächer, ihre Klauen sind stumpfer geworden.

Ganz gleich, wie die Wahlen ausgehen – es steht ein agrarpolitischer Systemwechsel auf der Tagesordnung. Die kleinen und mittleren Betriebe sind nicht von gestern, sondern sie sind für unser aller Überleben notwendig. Der Erhalt und die Entwicklung dieser bäuerlichen Betriebe muss mit einer fairen agrarpolitischen Rahmensetzung unterstützt werden. Wunschdenken eines bäuerlichen Träumers? Wenn wir uns die Lage in der Welt genauer anschauen, stoßen wir überall auf Anstrengungen eines lebenswerten Überlebens und an Grenzen des immer höher, schneller, weiter. Überall kämpfen Menschen um Ernährungssouveränität, um Menschenrechte. Für viele geht es ums nackte Überleben. Bei uns vor der Haustür eher um eine neue Wertesetzung. Überall wächst der Widerstand gegen Regierungen, die von oben herab die Bedingungen diktieren wollen. Politik über unsere Köpfe hinweg war gestern. Zusammen für eine bäuerliche, zukunftsweisende Agrarpolitik, für faire Preise, für eine deutliche Unterstützung und Umverteilung der Direktzahlungen zugunsten kleinerer Höfe, für gesunde Lebensmittel, für tiergerechte Haltung, für regionale Erzeugung und Vermarktung von gesunden Lebensmitteln, solidarische Beziehungen zu den Kleinbauern in der Welt und Achtung der Menschenrechte, das ist morgen. All dies bekommen wir nicht automatisch, sondern nur durch aktive Einmischung in den anstehenden Auseinandersetzungen.

Solange in dem Hochsicherheitstrakt in Wietze bei voller Auslastung über zwei Mio. Hähnchen in der Woche zerlegt werden sollen und solange Bundes- und Landesregierungen sich winden und wenden und im Zweifelsfall weiter alles für die Agrarindustrie tun, solange werden wir als Teil der Bewegung nicht locker lassen. Versprochen. Aus Verantwortung, für unsere Betriebe: Auf nach München und Wietze!

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Titel: Das Tier im bäuerlichen Blick

Bäuerliche Hühnerhaltung lässt nicht tausende Tiere zu einer anonymen Masse werden, sondern nimmt das einzelne Tier in den Blick. So auch auf dem Hof Kornspeicher von Familie Höck in Limbach. Fotografiert hat Bäuerin Bärbel Höck unsere saarländische Korrespondentin Marlene Herzog.

Das Brötchen aus der Backstation

Tierföhlteiglinge schnell aufgebacken und noch warm aus dem Automaten machen dem Bäckerhandwerk Konkurrenz

Die Anzahl der, in die Handwerksrolle eingetragenen, Betriebe in Deutschland sinkt kontinuierlich, von 55.000 zu Beginn der 1950er Jahre (im alten Bundesgebiet) auf 13.666 Betriebe Ende 2012. Waren es früher traditionell Familienbetriebe mit der Backstube neben dem Verkaufsraum, so bestimmen heute zentrale Produktionsstätten mit einem lokalen bis überregionalen Filialnetz den Markt. Damit einhergehend steigen die durchschnittlichen Umsatzzahlen je Betrieb. Diese Umsatzsteigerung steht wiederum in Wechselwirkung mit einer veränderten Produktionsweise, wie durch den Einsatz moderner Kältetechnologie. Rund 12 Prozent der 13.666 Bäckereien produzieren teilweise oder vollständig nach der EU-Öko-Verordnung bzw. den privatrechtlichen Standards der ökologischen Anbauverbände in Deutschland. Nach einer aktuellen Pressemitteilung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) wurden in Deutschland im vergangenen Jahr insgesamt 1.927.000 Tonnen Brot verkauft. Bio-Brot hatte einen Anteil von 81.900 Tonnen an der erworbenen Brotmenge. Die Marktbedeutung von Backindustrie und Großbäckereien als direkte Mitbewerber der Handwerksbetriebe hat weiter zugenommen. Im Handel konkurrieren Tankstellen, Discount-Bäckereien, wie Backwerk oder Baking Friends, der Lebensmitteleinzelhandel und Discounter mit den Bäckereifachgeschäften, die ihrerseits mit gastronomischen Zwischenmahlzeiten und Snacks handeln. Die Zahlen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) vom Oktober 2011 sagen aus, dass 61,8 Prozent der Brote im Lebensmitteleinzelhandel (LEH)/Discount, 13,1 Prozent in Vorkassenshops und nur noch 21,4 Prozent in traditionellen Bäckereien verkauft wurden. Seitdem haben sich die Umsätze bei Brot und Backwaren weiter zugunsten von LEH und Discount verschoben, was sich im konstanten Rückgang der Handwerksbetriebe wiederfindet.

Schnell aufbacken

Der Strukturwandel in der Backbranche spitzt sich durch die Einrichtung von Backstationen im LEH und bei den Lebensmitteldiscountern Aldi, Lidl & Co drastisch zu. In den Backstationen werden Backwaren aufgebacken und den Kunden in einem Selbstbedienungsregal präsentiert. Die ungebackenen oder halbgebackenen Teiglinge liefern Groß- und Industriebäckereien. Aller-

dings ist auch hier ein Wandel abzusehen. Schon jetzt betreiben Edeka und Rewe eigene Teiglingwerke, Lidl und weitere Handelsunternehmen rüsten nach. Um Teiglinge in den Ofen zu schieben, braucht man keine Ausbildung und wenig Personal. In den Preisen der „Back-off-Backwaren“ spiegeln sich die niedrigen Personalkosten wider. Nach Angaben der GfK betrug der Durchschnittspreis 2011 für ein Kilo Brot und Kleingebäck beim traditionellen Bäcker 3,88 Euro, in der Backstation dagegen 2,42 Euro, Tendenz sinkend. Ende 2012 standen bereits rund 15.000 Backstationen bei Lebensmittelhändlern. Weitere Discount-Ketten planen die Eröffnung von Backstationen, so wird die Anzahl in den kommenden Jahren noch deutlich zulegen.

Selbsterfleischung

Die jüngsten Meldungen zum Wandel in der Branche betreffen Kaufland sowie die Edeka-Tochter Bäckerei Schäfer's. Kaufland, derzeit betreibt das Unternehmen 627 Großflächenmärkte, plant bis September flächendeckend Backstationen einzuführen und das Sortiment auf 50 Produkte auszuliegen. Das groteske an der Situation: Schäfer's Vorkassen-Filialen waren durch die marktinternen Backstationen in Bedrängnis geraten. Das Unternehmen musste Brötchen produzieren, die im Supermarkt zum Teil die Hälfte von dem kosten, was die Kunden am Verkaufstresen nach der Edeka-Kasse bezahlen.

Ausblick

Ohne den Anspruch, die Frage nach Ursache und Wirkung letztendlich klären zu können, lassen sich zusammenfassend verschiedene Aspekte beschreiben, die den Strukturwandel im Backhandwerk bedingen: Dem Wettbewerb am Backwarenmarkt liegen Effizienzsteigerungen durch technische Neuerungen in der Produktion zugrunde. So wurde der zeitliche Zusammenhang zwischen Produktion und Verkauf entkoppelt, Backwaren können vorgefertigt und erst kurz vor dem Verkauf fertig gestellt werden. Vorgefertigte Backwaren in Verbindung mit ihrer Transportfähigkeit ermöglichen die Zentralisierung der Produktion und die Filialisierung im Verkauf.

Preis statt Leistung

Der Lebensmittelhandel definiert sich beim Kampf um die Kunden überwiegend auf der Preisbene. Kaufentscheidungen, gerade im Lebensmittelbe-

reich, werden von einem Großteil der Konsumenten durch die Realisierung von vermeintlichen Kostenvorteilen getätigt.

Der Wettbewerbsdruck hat die kleinen und mittleren Betriebe in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten veranlasst, die Vertiefung ihres Angebotes durch Convenienceartikel und Tiefkühlprodukte zu forcieren. Die negativen Folgen sind die Austauschbarkeit der angebotenen Sortimente, die sinkende Wertschätzung für fachkompetente Handwerksbetriebe und damit verbunden ein Vertrauensverlust auf Seiten der Kunden. Die folgenschwere Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die der Erwerbsmuster, Lebensgewohnheiten und Lebensformen, hat einen Wertewandel und die Veränderung der Einkaufs- und Ernährungsgewohnheiten bewirkt. Diese Veränderungen haben wiederum Einfluss auf die Sortimente, Standorte und Öffnungszeiten der Bäckereifachgeschäfte. Das niedrige Lohnniveau in der gesamten Lebensmittelbranche trifft insbesondere das Bäckerhand-

zu einem ernsthaften Problem geworden. Besonders hervorzuheben sind die Defizite des Bildungssystems, die zu einem Mangel an Wissen über die Herkunft, Erzeugung und Herstellung von Lebensmitteln geführt haben. So trägt der gesellschaftliche Verlust an Wertschätzung unserer Nahrungsmittel zum sinkenden Image der handwerklichen Berufe im Bereich der Lebensmittelherstellung bei und fördert die Einstellung, am Essen sparen zu können. Auf niedrige Lebensmittelpreise zu setzen erweist sich aber als Trugbild, denn die wirtschaftlichen und sozialen Folgen tragen wir alle, durch den Verlust von Arbeitsplätzen vor Ort den Niedergang von Betrieben im Bereich der handwerklichen Lebensmittelherstellung wie auch in der bäuerlichen Landwirtschaft, den Verlust unserer Esskultur sowie der landwirtschaftlichen und biologischen Vielfalt und - nicht zuletzt - durch den Verlust von Lebensmittelqualität. Um diese Entwicklung nicht einfach stillschweigend hinzunehmen haben sich Bäcker und Konditoren Anfang 2011 in einer unabhän-



Bäcker – ein Handwerk mit Tradition, da kommt kein Backautomat mit. Foto: Schweizer Brot

werk mit seinen zudem belastenden, nächtlichen Arbeitsbedingungen. Die unangemessene Entlohnung bewirkt, zusammen mit der mangelnden gesellschaftlichen Wertschätzung des Bäckerberufes, den sich zuspitzenden Mangel an Auszubildenden und qualifizierten Mitarbeitern. Dies ist besonders für qualitätsorientierte Handwerksbäckereien, die sich über traditionelle Herstellungsverfahren und das damit verbundene, notwendige Maß an fachlicher Kompetenz profilieren,

gigen Berufsorganisation, Die Bäcker. Zeit für Geschmack e.V. (www.diebäcker.org), zusammengeschlossen. Teil der Arbeit des Vereins ist in diesem Jahr, nach der Ernte, eine bundesweite Aktion zugunsten des Saatgutfonds der Zukunftsstiftung Landwirtschaft unter dem Motto: SAAT GUT BROT. - Vielfalt vom Acker bis zum Teller.

Anke Kähler,
Vorstandsvorsitzende von
Die Bäcker. Zeit für Geschmack e.V.

Reform-Ansatz weitgehend bestätigt

Greening verbindlich. Mindestkürzung und Aufschlag für erste Hektar. Milchmarkt ohne Vorsorge

Wie weiter?

Die Einigung vom 26. Juni zwischen den Brüsseler Verhandlungsführern ist eine politische Einigung, noch keine formelle. Jetzt überführen EU-Juristen die politische Übereinkunft rechtlich möglichst widerspruchsfrei in Verordnungstexte. Mitte September will der Agrarausschuss des EU-Parlaments darüber abstimmen, Mitte Oktober das Plenum. Es ist sehr unwahrscheinlich, aber Ausschuss und Plenum können noch Änderungsanträge beschließen. Die vom Plenum abgestimmte Fassung wird wieder dem Agrarministerrat vorgelegt, der dann zeitnah abstimmen soll. Stimmt der Rat zu, sind die Verordnungen Gesetz. Stimmt der Rat nicht zu, würde sich das Verfahren noch weiter hinziehen – das wollen alle unbedingt vermeiden. Sind auf EU-Ebene im Herbst die Agrar-Verordnungen in trockenen Tüchern, muss die EU-Kommission noch Durchführungs-Verordnungen und viele Delegierte Rechtsakte vorlegen. Parallel müssen die Mitgliedstaaten die neue Gemeinsame Agrarpolitik in nationales Recht umsetzen. Für 2014 gilt eine eigene Übergangsverordnung, die „große“ Reform tritt 2015 in Kraft. **uj**

Nach über 40 Sitzungen haben am 26. Juni in Brüssel die „Gesandten“ von EU-Agrarministerrat, EU-Parlament und EU-Kommission eine politische Einigung über die Reform der EU-Agrarpolitik verkündet. Hier die wichtigsten Punkte der Einigung:

Greening: 30 Prozent der Direktzahlungen der einzelnen Mitgliedstaaten (oder Regionen) werden an die Einhaltung von drei übergesetzlichen Umweltstandards oder jeweils ökologisch gleichwertiger Maßnahmen gebunden:

Fruchtartenvielfalt: Betriebe mit mindestens 10 ha Ackerland müssen mindestens zwei Kulturen anbauen, die Hauptfrucht auf maximal 75 Prozent des Ackerlands (ab 30 ha Ackerland drei Kulturen). Für Betriebe ab 75 Prozent Grünland auf ihren Flächen gilt die Anforderung erst ab 30 ha Acker.

Dauergrünland-Erhalt: Der Mitgliedstaat kann entscheiden, ob das Dauergrünland auf Ebene von Mitgliedstaat, Region oder Einzelbetrieben zu erhalten ist. Der Grünlandanteil an der Gesamtackerfläche im Gebiet darf nicht um mehr als 5 Prozent sinken. Besonders „sensibles“ Grünland (z.B. feucht, humusreich) darf nicht umgewandelt werden.

Ökologische Vorrangflächen: Betriebe ab 15 ha Acker müssen ökologische Vorrangflächen im Umfang von mindestens 5 Prozent der betrieblichen Ackerfläche nachweisen. Nach Bericht und Vorschlag der EU-Kommission in 2017 kann der Anteil auf 7 Prozent ab 2018 steigen. Mitgliedstaaten bestimmen anrechenbare Flächen, u.a.: Landschaftselemente, Ackerränder, Hecken, Bäume, Biotop, Pufferstreifen, Aufforstungsflächen, Leguminosenanbau, Zwischenfruchtanbau, Kurzumtriebsplantagen (ohne Einsatz von Düngern und Pflanzenschutzmitteln). Auch hier: Betriebe mit 75 Prozent Grünland und unter 30 ha Acker sind befreit.

Mitgliedstaaten können zu jedem der 3 Kriterien „äquivalente“ Agrarumweltmaß-

nahmen aus der zweiten Säule oder Umweltzertifizierungssysteme wählen; die müssen ökologisch mindestens gleichwertig sein. Die Kommission entscheidet, was äquivalent ist. Werden Agrarumweltmaßnahmen hier angerechnet, dürfen sie diesbezüglich über die zweite Säule nicht zusätzlich (doppelt) gefördert werden.

Wer das Greening nicht einhält, verliert die 30 Prozent Greening-Komponente, ab dem Jahr 2017 zusätzlich bis zu 7,5 Prozent seiner Basisprämien. Ökobetriebe sind automatisch „green“.

Kürzung „oben“

Eine verbindliche Kappungsgrenze haben die Agrarminister für unverhandelbar erklärt, weil die Regierungschefs (Merkel) das Anfang Februar schon für sie entschieden hätten. Diese Haltung haben die Parlamentarier zwar laut zurückgewiesen, weil das dem Recht der Mitentscheidung widerspricht. Aber ob das „letzte Angebot“ der Agrarminister noch mal aufgeschnürt wird, ist fraglich. Bis dahin jedenfalls gilt: Die Einführung einer Kappungs- oder Obergrenze ist für die Mitgliedstaaten freiwillig, d.h. sie können sie einführen. Verbindlich ist lediglich, die einzelbetrieblichen Direktzahlungen, die 150.000 Euro im Jahr übersteigen, um mindestens 5 Prozent zu kürzen, es sei denn, der Mitgliedstaat legt mindestens 5 Prozent der nationalen Direktzahlungssumme auf die ersten Hektar aller Betriebe um (siehe unten). Die Mitgliedstaaten können über 150.000 Euro viel stärker kürzen und auch weitere Staffeln einziehen. Ob die Arbeitskosten der betroffenen Betriebe vor der Kürzung abgezogen werden, können die Mitgliedstaaten ebenfalls selbst festlegen.

Aufschlag erste Hektar

Die Mitgliedstaaten können bis zu 30 Prozent ihrer gesamten Direktzahlungs-

summe nutzen, um damit einen Aufschlag für bis zu 30 ha je Betrieb (oder – falls höher – bis zur nationalen Durchschnitts-Betriebsgröße) zu finanzieren. Auf Wunsch des Ministerrats darf der Aufschlag 65 Prozent der durchschnittlichen Hektarzahllung im Land nicht überschreiten. Zudem können die Mitgliedstaaten aus bis zu 5 Prozent der Direktzahlungssumme einen Zusatzbetrag für die Flächen in benachteiligten Gebieten (neue Abgrenzung) zahlen, ihn auf bestimmte Flächen (z.B. Grünland) und in der Höhe je Betrieb begrenzen. Die Ausgleichszulage aus der zweiten Säule muss entsprechend gekürzt werden.

Junglandwirte und andere

Verpflichtet sind die Mitgliedstaaten, 2 Prozent der Direktzahlungsmittel für eine maximal fünfjährige Aufstockung der Direktzahlungen von Junglandwirten (bis 40 Jahre) einzusetzen, indem für bis zu maximal 90 ha je Junglandwirt die Durchschnittsprämie um 25 Prozent erhöht wird. Freiwillig für die Mitgliedstaaten ist dagegen, ob sie eine pauschale Kleinerzeuger-Förderung von bis zu 1.250 Euro je Betrieb und Jahr anbieten. Betriebe, die sich gegebenenfalls dafür entscheiden, können keine anderen Direktzahlungen mehr beantragen und sind von Greening und Cross-Compliance (nicht vom Fachrecht) befreit.

Markt?

In der Marktordnung enthält die Einigung keine mengenbezogenen Vorsorgemaßnahmen für die Milch. Das Parlament hatte einen erzeuger-finanzierten Ausgleich für eine befristete Senkung der Milchanlieferung im Falle starker Marktungleichgewichte vorgeschlagen. Die EU-Kommission lädt nun für September zu einer Milch-Konferenz ein, um neu über Optionen für die Zeit nach dem Quotenende (2015) zu beraten. Stattdessen ist das Instrumentarium der staatlichen Lagerhaltung und Förderung privater Lagerhaltung ausgebaut worden, nicht nur bei Molkereiprodukten. Die Zuckerquote fällt 2017. Exporterstattungen bleiben als Instrument erhalten und sollen im Krisenfall auch angewandt werden.

Zweite Säule

In der zweiten Säule müssen die Mitgliedstaaten mindestens 30 Prozent der EU-Gelder für umweltbezogene Maßnahmen wie Agrarumwelt und Klimaschutz, Ökologischer Landbau, Ausgleichszulage benachteiligte Gebiete, Naturschutz (inklusive Investitionen) und mindestens 5 Prozent für Leader einsetzen. Alle Mitgliedstaaten können bis zu 15 Prozent der Mittel zwischen den Säulen verschieben. **uj**



Für eine bessere Agrarpolitik: Abl-Mitglieder und die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ begrüßen Kanzlerin Merkel in Berlin. Foto: Kiefer

Aigner will Reform unterlaufen

Ministerin hat Konzept zur Umsetzung der EU-Agrarreform vorgelegt

Bundesministerin Ilse Aigner (CSU) hat am 2. Juli den Ministerinnen und Ministern der Bundesländer ein Konzept vorgelegt, wie sie sich die Umsetzung der Brüsseler Reform in Deutschland vorstellt. In der Summe zielt das Konzept darauf ab, den Richtungswechsel, der den Reform-Ansatz der EU-Kommission in der gesellschaftlichen Debatte getragen hat, zu unterlaufen.

Gerecht geht anders

Aigner schlägt vor, mit 5 Prozent nur gerade so viel Mittel aus dem nationalen Topf der Direktzahlungen auf die ersten Hektar je Betrieb umzuschichten, dass Deutschland die Kürzung bei Betrieben mit mehr als 150.000 Euro nicht umsetzen muss. Sie will für die ersten 15 ha jeweils 50 Euro Aufschlag zahlen (zusammen also maximal 750 Euro je Betrieb) und für weitere bis zu 15 ha jeweils 30 Euro (maximal 450 Euro). Zusammen ergibt das einen Aufschlag von 1.200 Euro je Betrieb. Gegenrechnen muss man aber die Kürzung um fünf Prozent bei den Direktzahlungen, was bei 30 ha ein Minus von 450 Euro bedeutet. Es bleibt dann ein Aufschlag von maximal 750 Euro im Jahr. Aigner sprach in Berlin davon, bäuerlichen Betrieben etwas Gutes zu tun. Die EU-Einigung ermöglicht ganz andere Aufschläge, von bis zu 200 Euro je Hektar in Deutschland, wenn die vollen 30 Prozent des Topfes eingesetzt werden, wie die AbL es fordert. Aigner sagte, das gefährde die Zustimmung der ostdeutschen Bundesländer zum Konzept.

Dass die ostdeutschen Minister bei dem Aufschlag für die ersten Hektar mitziehen, liegt nicht nur daran, dass Deutschland dann eine Kürzung oberhalb von 150.000 Euro je Betrieb um mindestens fünf Prozent nicht umsetzen muss. Es liegt auch daran, dass Großbetriebe unter dem Strich mit dem Konzept im Vergleich zum Status quo gewinnen. Denn heute werden die Direktzahlungen über 5.000 Euro um 10 Prozent und über 300.000 Euro um 14 Prozent gekürzt. Diese Kürzung im Rahmen der gestaffelten Modulation fällt mit dem Jahr 2014 weg, weil die Modulation wegfällt. Nach Aigners Konzept des Aufschlags für die ersten Hektar verlieren Großbetriebe dann nicht länger bis zu 14 Prozent, sondern 5 Prozent. Gegenüber heute begünstigt Aigner also Großbetriebe. Den geringen Aufschlag für kleinere Betriebe finanzieren vor allem die mittleren Betriebe, weil sie vom Wegfall der Modulation nur wenig profitieren.

Greening weichgespült

Kann man die schon geringen Standard-Greening-Anforderungen der Brüsseler

Ebene noch weiter verwässern? Es geht. Das Bundesministerium schlägt zum Beispiel vor: Grenzt an Flächen eines Betriebes ein Wald oder eine Hecke auch eines anderen Eigentümers oder Besitzers, so sollen je laufenden Meter Feldrand zum Wald oder zur Hecke 25 Quadratmeter fiktive ökologische Vorrangfläche angerechnet werden. Die EU-Kommission prüft, ob sie da so mitzieht. Auch der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngung will das Bundesministerium auf ökologischen Vorrangflächen unbegrenzt zulassen (z.B. in Winterbegrünung, Zwischenfruchtanbau, Leguminosenanbau). Den Erhalt von Dauergrünland will die Bundesregierung nicht in erster Linie einzelbetrieblich fordern, sondern auf Ebene der Bundesländer und damit die bestehende Regelung weitgehend fortführen.

Entlastung 2. Säule

Aigner lehnt eine formale Umschichtung von Direktzahlungen hin zur zweiten Säule strikt ab. Gleichzeitig schlägt sie aber vor, einige Maßnahmen, die bisher in der zweiten Säule finanziert werden, in Zukunft auch aus Direktzahlungsgeldern zu bezahlen. Zum einen sollen 2,5 Prozent der nationalen Obergrenze der Direktzahlungen (also rund 125 Mio. Euro) in eine Zahlung für Grünland in benachteiligten Gebieten gehen. Laut BMELV kommen da etwa 40 Euro je ha heraus. Zum anderen will die Bundesministerin aus Direktzahlungsmitteln eine gekoppelte Zahlung für Rauhfuttermesser (Rinder, Schafe, Ziegen) „in sehr umweltsensiblen Gebieten“ wie Berggebieten, Halligen und kleinen Inseln einführen. Die soll etwa 80 Euro je Großvieheinheit und Jahr betragen. Und Junglandwirte sollen aus dem Topf der Direktzahlungen einen Aufschlag von rund 50 Euro je ha für maximal 90 ha erhalten.

Aus den Reihen der Länder gibt es mehr oder weniger deutliche Kritik an Aigners Konzept, sowohl von den Grünen-Ministern, aber auch – abgeschwächt – vom bayerischen Minister Helmut Brunner (CSU). Auf der Agrarministerkonferenz Ende August soll nach Möglichkeit eine politische Einigung erzielt werden. Die Beschlüsse fallen erst nach den Wahlen.

Kommentar am Rande

Bäuerlich und Gerechter ist greifbar

Diese neue Reform auf EU-Ebene birgt wirklich riesiges Potenzial, für eine Stärkung bäuerlicher Landwirtschaft, für mehr Zahlungsgerechtigkeit zwischen den Betrieben, für flächendeckend mehr Ökologie und Tierschutz innerhalb der Lebensmittelerzeugung. Der Haken ist, das Potenzial zu realisieren liegt nun in der Hand der Mitgliedstaaten, also bei uns in Berlin und in den Landeshauptstädten. Bundesregierung und Länderkammer müssen gemeinsam beschließen, was wie in Deutschland umgesetzt wird. Brüssel gibt Berlin die Möglichkeit, die Direktzahlungen je Betrieb nicht mehr unbegrenzt auszuzahlen, sondern nach oben hin zu kürzen, zu staffeln und auch zu kappen und dabei arbeitsintensive Betriebe auszuklammern. Bundesministerin Aigner will weiter unbegrenzt zahlen, keine Staffelung oben, keine Kappung, keine Berücksichtigung von Arbeit. Berlin kann fast ein Drittel (30 Prozent) der Summe aller Direktzahlungen einsetzen für einen kräftigen Aufschlag für die ersten 20 Hektar je Betrieb. Bis zu 200 Euro für jeden ersten Hektar sind nach der EU-Einigung möglich. Aigner will nicht 30 Prozent, sondern

nur fünf Prozent der Gelder einsetzen. Sie will nicht 200 Euro für die ersten Hektar, sondern 30 bis 50 Euro. Effektiv bringt Aigners Vorschlag je Betrieb ein Plus von maximal 750 Euro im Jahr. Das löst sich in Luft auf durch die anderen Kürzungen. Anders bei den Großbetrieben: Zahlungen über 300.000 Euro werden heute in der gestaffelten Modulation um 14 Prozent gekürzt – zugunsten der zweiten Säule. Aigners Vorschlag, für den Aufschlag unten die Zahlungen um nur fünf Prozent zu kürzen, ist also im Vergleich zum Status quo eine Entlastung für Großbetriebe. Vielleicht spricht sich das alles in Bayern noch vor dem 15. September herum.

Beim Greening will das Bundesministerium so viele Ausnahmen und Anrechnungsmöglichkeiten bei den allgemeinen Kriterien einführen, wie eben möglich. Das bringt uns alle auf die schiefe Bahn eines bürokratischen und nicht zuletzt ungerechten Greenwashings. Wir brauchen einfache, klare und ökologisch wirksame Vorgaben für alle Betriebe, damit nicht länger diejenigen indirekt bestraft werden, die eine gute Fruchtfolge einhalten, die das Grün-

land in der Bewirtschaftung erhalten und die auf ihren Flächen einen aktiven Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt leisten.

Keine Verbesserung bringt die EU-Einigung für die bäuerlichen Milcherzeuger in Deutschland. Unabhängig davon, dass der vom Parlament vorgeschlagene erzeugerfinanzierte Anreiz zur Überschussvermeidung nur ein Schritt gewesen wäre. Bezeichnend ist, auf welcher Grundlage vor allem Bundesministerin Aigner diesen Vorschlag verhindert hat. Sie beruft sich auf ein Papier aus dem bundeseigenen Institut. Darin steht, dass der Strukturwandel bei den Milcherzeugern nicht noch stärker als bisher gebremst werden dürfe, da sich sonst die Exportchancen der Molkereien verringern würden. Genau deshalb lief die Milchindustrie Sturm gegen den Parlaments-Vorschlag. In Deutschland haben allein in den letzten zwei Jahren über neun Prozent der Milchbauern aufgehört. Dem Wissenschaftler und der Industrie waren das offenbar noch zu wenig. EU-Agrarkommissar Ciolos hat für September eine Konferenz einberufen, um über mögliche Maßnahmen zur Verhinderung einer Marktkrise nach dem Wegfall der Quote 2015 zu reden. Ob dabei viel herkommt, ist offen. Allen Berufskollegen und Berufskolleginnen, ist gerade in Zeiten etwas anziehender Erzeugerpreise, vor allem zu raten, alle Möglichkeiten zu nutzen, um etwas mehr Unabhängigkeit von Molkereien zu erreichen. Das geht nicht einzelbetrieblich, sondern nur gemeinsam, in eigenständigen Erzeugergemeinschaften. Das EU-Recht erweitert die Rechte der Erzeugergemeinschaften, nutzen müssen wie die Rechte letztlich selbst.

Ich bleibe dabei: Insgesamt bietet diese Reform beachtliche Chancen, um die vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen der bäuerlichen Landwirtschaft zu stärken. Das ist greifbar. Es muss jetzt ein klares Gegenkonzept zu Aigners Vorschlag in das politische Verfahren eingebracht werden. Warum nicht gemeinsam von Bayerns Minister Brunner, wenn die CSU die Stimmen der Bauern will, mit den Grünen Länderministern, die zu Recht seit Jahren den notwendigen Richtungswechsel in der Agrarpolitik einfordern. Jetzt ist es Zeit.

Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL



Bernd Voss, AbL-Bundesvorsitzender Foto:Grüne

US-Mandel-industrie profitiert

Zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sagt

Jürgen Knirsch von Greenpeace: „Die Agrar- und Lebensmittelkonzerne wollen am Grundpfeiler des europäischen

Verbraucherschutzes sägen, wie eine Analyse von Greenpeace zeigt.

Auch die strengeren EU-Grenzwerte sind den US-Exporteuren ein Dorn im Auge.“ In der Analyse

„Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) – A Threat for

European Safety Standards?“ benennt Greenpeace u.a. das Beispiel

der amerikanischen Industrie der Mandelproduzenten (80 Prozent der weltweiten Mandelproduktion findet in den

USA statt). Die hat erst vor wenigen Jahren durchgesetzt, das die

Grenzwerte für den krebserregenden Schimmelpilz Aflatoxin in der

EU um das 2,5-Fache erhöht wurde. Zuvor sind einige Schiffsladungen

mit Mandeln aufgrund von hoher Schimmelpilzbelastung zurückgewiesen worden. Im Lebensmittel-

sektor sind Nüsse eines der Hauptexportprodukte der USA in die

EU. *bet*

bet

Altersvorsorge Hofübergabeplanung

Abschaffung der Hofabgabeklausel und Beratungsangebote in der politischen Diskussion

In Rheinland-Pfalz (RLP) wird zur Zeit über die Altersvorsorge von Bäuerinnen und Bauern diskutiert. Der Hintergrund: Es gibt immer weniger Betriebe, die in die landwirtschaftliche Alterskasse (LAK) einzahlen und so aktuelle Rentempfänger versorgen. Die LAK ist zudem als Teilalterssicherung konzipiert - zur Ergänzung der Versorgung als Altenteiler durch Familie und Betriebsvermögen. Die Hofnachfolge ist heute auf den Betrieben jedoch zu mehr als 60 Prozent ungeklärt. Besonders BetriebsleiterInnen an Standorten mit geringem Vermögenswert von Hof und Flächen sind von Altersarmut bedroht. In seltener Einigkeit fordern in RLP mit dieser Begründung sowohl SPD und Grüne als auch CDU die Abschaffung der Hofabgabeklausel - ergänzt durch einen Ausbau der Beratung für Hofübergaben. Die Klausel ist ein politisches Instrument: Bevor Bauern und Bäuerinnen aus der LAK eine Rente ausgezahlt bekommen, müssen sie die Bewirtschaftung des Hofes abgeben. Zunehmend wollen oder müssen Altbauern ihren Hof weiter

bewirtschaften und empfinden die starre Regelung, die so in keiner anderen Branche zu finden ist, als ungerecht. Kritisiert wird außerdem die politische Zielrichtung zur Förderung des Strukturwandels, indem Höfe dazu gebracht werden, Flächen an Wachstumsbetriebe weiterzugeben.

Andere Ausrichtung?

Bernd Schmitz von der AbL begrüßte deswegen die Initiative aus RLP: „Das lässt eine andere agrarstrukturelle Ausrichtung vermuten: Ziel könnte nun der Erhalt von Höfen und die Motivation junger Menschen zum Einstieg in die Landwirtschaft sein.“ Bauernverband und Landjugendorganisationen sprechen sich jedoch für die Hofabgabeklausel aus – zugunsten von Wachstumsbetrieben, aber auch als Unterstützung der jungen Generation, um auf den Höfen die oft nicht ganz einfachen Gespräche zur Übergabe anzuschieben. Als Kompromiss scheint sich eine Abschwächung der Hofabgabeklausel auf eine Rentenkürzung um zehn Prozent für weiter-

wirtschaftende Betriebe abzuzeichnen. Durchgesetzt werden müsste eine Änderung auf Bundesebene. Doch wie sieht es mit den weiterführenden Gedanken aus, Betriebsübergaben durch Beratung verstärkt zu unterstützen? „Das ist der wirklich wichtige Bereich“, meint Christian Vieth, Gründer der Hofbörse www.hofgruender.de und Berater von Hofübergaben. Wo die Klausel der Linderung von Altersarmut entgegen steht, sollte sie seiner Meinung nach überarbeitet werden, aber „wenn das politische Ziel ist, Betriebe zu erhalten, dann muss in Beratungsangeboten investiert werden, damit LandwirtInnen sich rechtzeitig mit der Nachfolge auseinandersetzen und Übergaben begleitet werden.“ Stattdessen wird genau hier in RLP gespart: die Niederlassungsprämie für Junglandwirte wird eingestellt und aktuell die Ausstattung an der landwirtschaftlichen Familienberatung gekürzt.

cw

Nachwuchs statt Strukturwandel fördern

Forderungen der jungen AbL zur Unterstützung von Jungbäuerinnen und -bauern

Im konstruktiven Austausch mit der Stopp-landgrabbing Kampagne in Ostdeutschland hat die junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) ein Positionspapier zur Förderung von JunglandwirtInnen und ExistenzgründerInnen erarbeitet. Dieses werden wir in der nächsten Zeit Politikern, Engagierten und Institutionen übergeben und diskutieren. Wir möchten, dass für uns wichtige Punkte bei der anstehenden Ausgestaltung der länderspezifischen ELER Verordnungen (Programme zur ländlichen Entwicklung – so-

genannte 2. Säule der EU-Agrarpolitik) und anderer Gesetze berücksichtigt werden.

Einstiegs Hilfen

Das Papier umfasst sieben Hauptforderungen, die neben ökonomischen Faktoren auch soziale Komponenten der Hofübernahme berücksichtigen: Zum einen geht es um Niederlassungsprämien und um Zugang zu Land für Neueinsteiger. Letzteres spielt vor allem eine große Rolle bei einer möglichen Überarbeitung des Grundstücksverkehrsgesetzes. Zum anderen sollen Beratungskosten für Hofübernahmen und Fortbildungsmaßnahmen in den ersten Jahren nach der Hofübernahme staatlich gefördert werden. Außerdem entstanden zwei konkrete Forderungen zur Landnutzungsproblematik in ostdeutschen Bundesländern: Beim Verkauf von Flächen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) sollen die Losgrößen, das heißt der Umfang der Ausschreibungen, auf maximal zehn Hektar am Stück begrenzt werden. Grundsätzlich muss der Verkauf beziehungsweise die Verpachtung von Flächen mit

ren stattfinden und bevorzugt ExistenzgründerInnen einbeziehen. Bis zu einer Neuregelung der Vergabeverfahren durch die BVVG, die den Aufbau neuer landwirtschaftlicher Betriebe und positive Beiträge zur ländlichen Struktur in Ost- und Mitteldeutschland zur Grundlage machen, wird ein sofortiger Stopp der Verkäufe gefordert.

Nachwachsen statt weichen

Das Papier versucht die Problematik des schwindenden Nachwuchses in der Landwirtschaft in einen breiten gesellschaftlichen Kontext zu stellen. Vollständig gelesen werden kann es unter www.abl-ev.de/junge-abl/positionen-hintergruende. Geschrieben wurde es von motivierten jungen Menschen, die den großen Wunsch haben, landwirtschaftliche Betriebe zu gründen und dafür schon in den Startlöchern stehen. Wir fordern Politik und Berufsstand auf, sich für die Etablierung und Umsetzung nachhaltig einzusetzen und Verantwortung für künftige Generationen von Menschen in den ländlichen Räumen zu übernehmen, denn das Paradigma des Wachsens oder Weichens ist überholt – Viele Bäuerinnen und Bauern braucht das Land!

*Sebastian Kußmann und Henrik Maaß,
junge AbL*



Nachwuchs machen lassen

Foto: Herzog
einem transparenten Verfah-

Transatlantische Partnerschaft nicht so

Bundesregierung zelebriert Startschuss während die Zivilgesellschaft demonstriert

Die Kalenderblätter trugen das Datum 14. Juni, als die EU-Handelsminister, wie vorhersehbar, der EU-Kommission das Mandat für die Verhandlungen des Freihandelsabkommens EU und USA erteilten. Rechtzeitig vor dem kurz darauf folgenden G8-Gipfel in Nordirland und dem anschließenden Besuch von US-Präsident Barack Obama in Berlin. Das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (engl. TTIP) wäre dann das größte und umfassendste Handelsabkommen weltweit.

Megachlorhühnchen

Ein neues gesellschaftliches Bündnis von 22 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz, Entwicklungs- und Handelspolitik hat unter der Federführung der Internetaktivisten Campact anlässlich des angekündigten transatlantischen Verhandlungsauftrages eine mediale Aktion unweit vom Brandenburger Tor in Berlin organisiert. Mit rund 50 Aktivisten wurde das am Folgetag anstehende Treffen von Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgezeichnet. Umgeben von einem kuhanhängergrößen Chlorhühnchen aus Plastik, einer Frackingspritze und einem trojanischen Pferd, das die Sonderklagerechte für Konzerne in sich trägt, unterhielten sich Obama- und Merkel-Masken über die vermeintlichen Vorzüge eines Freihandelsabkommens. Als Industrievertreter verkleidete Teilnehmer klatschten Beifall.

Überflüssig wie Kropf

Milchbäuerin Johanna Böse-Hartje vom AbL-Bundesvorstand warnte in ihrer Rede vor den Einbußen einer bäuerlichen und qualitätsorientierten Lebensmittelerzeugung durch solch ein Abkommen. „Unser Ziel ist es, Lebensmittel weitestgehend dort zu produzieren, wo sie gegessen werden. Lebensmittel sind ökologisch, nachhaltig, tier- und menschengerecht zu erzeugen. Und Lebensmittel müssen für alle Menschen dieser Welt verfügbar sein.“ Peter Fuchs, Geschäftsführer von PowerShift, kritisierte die angedachte Liberalisierung von Investitionsströmen. „Deutschland und die EU wollen Konzernen Sonderrechte geben, mit denen diese vor geheimen Schiedsgerichten gegen gemeinwohlorientierte Politik klagen können. Das passiert dann außerhalb unseres Rechtssystems und ist überflüssig wie ein Kropf.“ Das über solch ein TTIP-Abkommen die europäischen Chemikalien-, Umwelt- und Energiegesetzgebungen aufgeweicht zu werden drohen, machte Claudia Baitinger vom BUND klar.

Nicht nur in Deutschland, auch atlantikübergreifend vernetzt sich die Zivilgesell-

schaft. Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung berichtet von einem beginnenden Austausch zwischen der europäischen Agrarplattform ARC 2020 und Nichtregierungsorganisationen in den USA. „Auch dort mobilisiert sich der Widerstand“, so Maier. In einem gemeinsamen Brief wenden sich 33 Organisationen aus den USA und der EU, darunter auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, an die Chefunterhändler Michael Froman (USA) und Karel de Gucht (EU) und kritisieren deutlich die geplante Aufweichung der Lebensmittelstandards, die undemokratischen Verhandlungsprozesse und lehnen ein Investor-Staat-Klagerecht ab.

SPD uneindeutig

Während die Bundesregierung ein transatlantisches Freihandelsabkommen vorantreibt, zeigt sich die Opposition kritisch. Die Linke fordert die Bundesregierung auf, das Verhandlungsmandat für die EU-Kommission im EU-Rat abzulehnen. Bündnis 90/Die Grünen stellen etwa Kriterien auf für eine transparente Verhandlung und der Beibehaltung der EU-Standards im Umwelt- und Lebensmittelsektor. Die SPD fordert u.a., dass die jeweils höherwertigen Standards des Partnerlandes übernommen werden sollen. Hier zeigt sich die SPD mit kritischer Stimme, aber noch nicht mal eine Woche zuvor hat sie im Bundesrat versäumt, das umstrittene Handelsabkom-

men der EU mit Zentralamerika zu kippen. Gemeinsam mit den Oppositionsparteien, die geschlossen abgelehnt haben, wäre eine Ablehnung mit den Stimmen der Sozialdemokraten möglich gewesen.

Eine wachsende kritische Stimmung liegt in der öffentlichen Luft. Vielleicht veranlasste diese Landwirtschaftsministerin Aigner jüngst zu einem Schlingerkurs. Zum Thema Klonfleisch zeigte sie in einem prominenten Radiobeitrag zunächst noch Kompromissbereitschaft und forderte lediglich eine Kennzeichnungspflicht. Das hätte in der Umsetzung dann bedeutet, Klonfleisch auf den Tellern und Milch von Klonkühen in den Gläsern wäre möglich. In einem Papier des Bundeslandwirtschaftsministeriums war angedacht, auch Milch von Klontieren der ersten Generation zu kennzeichnen. Nur kurze Zeit nach diesem Interview lehnte Aigner, die Wahlkampf vor allem in Bayern führt, Klonfleisch generell ab. „Es ist keine rote Linie erkennbar“, stellt AbL-Bundesvorsitzender Bernd Voß fest. „Es ist damit zu rechnen, dass Standards abgebaut werden und dann geht es nur noch um Kennzeichnung. Alles steht zur Disposition. Bei allen kritischen Themen gibt es Einfallstore. Es gilt, die Sicherung der Lebensmittel und bäuerlicher Lebensmittelerzeugung zu verteidigen.“

Berit Thomsen

Mehr zu TTIP unter: abl-ev.de/themen/fairer-welthandel



Merkel, Obama, Chlorhuhn, Spritze und Trojanisches Pferd

Foto: Thomsen

Fakten im Überblick

Der Handelsausschuss der EU-Kommission führt die Verhandlungen auf Grundlage des Mandats – unter Ausschluss der europäischen und nationalen Politik sowie der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit. Die EU hat bereits 37 bilaterale Handelsabkommen geschlossen. Mit 89 Ländern werden Verhandlungen geführt. Die EU exportiert 2011 in die USA Agrargüter im Wert von 13,3 Mrd. Euro (Deutschland 1,6 Mrd. Euro) und importiert aus den Vereinigten Staaten Agrargüter im Wert von 8,2 Mrd. Euro (Deutschland 2 Mrd. Euro).

Die AbL fordert den Stopp bilateraler Handelsgespräche und -abkommen. Die Handelspolitik ist auf multilateraler Ebene und in einem weltweiten Transfair-Diskurs zu entwickeln.

Importschutz gegen Dumping

Die EU erhebt Schutz-zölle auf Biodiesel aus Argentinien und Indonesien, wodurch die Importe um bis zu mehr als hundert Euro je Tonne Biodiesel teurer werden. Einer Untersuchung im Auftrag der EU-Kommission zufolge soll die Biodieselbranche in Argentinien und Indonesien reguliert und subventioniert werden. „Will die europäische Agri-industrie ihre Produktion schützen, dann kommt die Politik diesem Wunsch nach. Fordern wir aber den Schutz bäuerlicher Belange hier und vor allem auch in Entwicklungsländern, dann heißt es aus der Politik und von interessierter Seite immer, das gefährde den Freihandel“, sagt AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch. „Das zeigt doch, dass es nicht um Freihandel an sich geht, sondern um die Profitinteressen einzelner. Qualifizierter Schutz ist generell zu befürworten und in der Landwirtschaft allen voran für bäuerliche Produktionsweisen.“ Die kirchliche Organisation Brot für die Welt fordert seit einiger Zeit von der deutschen und europäischen Politik einen wirksamen Beschwerdemechanismus für Entwicklungsländer gegen schädliche Dumpingimporte von Agrarprodukten aus der EU. Diese Forderung ist von der Politik bisher noch nicht aufgegriffen und umgesetzt worden. bet

Millionen von Bauernfunktionär verschoben

Der Mitgliederzorn kocht derzeit im Kreisverband Diepholz des Landesbauernverbands (Landvolk) in Niedersachsen gegen den ehemaligen Kreisvorsitzenden Lothar Lampe. Es geht dabei um möglicherweise pflichtwidrige Spenden aus dem Vermögen des Landvolks in Höhe von 2,4 Mio. Euro an Organisationen und Stiftungen, die eng mit dem Bauernverband verbunden sind. Unter anderem ermittelt die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Zahlungen an die mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank verbandelte „Edmund-Rehwinkel-Stiftung“, der Gesellschaft des Gesamtverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände und den Aktivitäten des Landvolks bei der Projektierung von Windparks. Zunehmend in den Blickpunkt gerät dabei die Frage, welche Rolle namhafte Bauernverbands-Vertreter auf Bundesebene bei diesen Vorgängen gespielt bzw. welche Kenntnisse sie dazu gehabt haben. In den Entscheidungsgremien der von Lampe mit Spenden bedachten Stiftungen und Organisationen sitzen neben Vertretern von Agrartechnik- und Agarchemieherstellern vor allem Spitzenfunktionäre des Bauernverbandes, wie Generalsekretär Helmut Born, Ex-Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner, Landesbauernverbandspräsident Friedhelm Decker (RLV) oder DLG-Hauptgeschäftsführer Reinhard Grandtke. *en*

Das Wasser geht, die Arbeit bleibt

Nach der großen Flut sind die vielen betroffenen Regionen in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen noch über Wochen damit beschäftigt, aufzuräumen und die Schäden zu erfassen und zu beheben. Inzwischen hat die Bundesregierung den angekündigten Fluthilfefonds mit acht Mio. Euro ausgestattet. Nachdem in der akuten Notsituation die Solidarität mit den Betroffenen im Vordergrund stand, beginnen nun die Diskussionen um künftigen Hochwasserschutz, mögliche Beiträge der Landwirtschaft und die Verteilung der Hilfsgelder. Der Bauernverband schätzt, dass rund 400.000 ha landwirtschaftliche Fläche vom Hochwasser geschädigt wurden, am häufigsten ergeben sich Futterprobleme durch nicht mähbare Grünlandflächen, aber auch Erntefälle auf Äckern sind zu beklagen. Wollte anfänglich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) noch Bauern und Bäuerinnen enteignen, um neue Überflutungsflächen zur besseren Kanalisierung zukünftiger Hochwasser zu gewinnen, redet davon inzwischen kein Politiker mehr, da alle im Wahlkampf sind. In Brandenburg sollen Bauern und Bäuerinnen, deren Flächen in ausgewiesenen Überflutungsgebieten liegen, nur zum Teil finanziell entschädigt werden. Naturschutz und Bauernverband streiten darum, ob intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen gut oder schlecht in Sachen Hochwasserschutz sind. *cs*

Magenentzündungen bei Schweinen

Schweine, die mit gentechnisch verändertem (GV) Mais und Soja gefüttert werden, leiden wesentlich häufiger unter „schweren“ Magenentzündungen als herkömmlich gefütterte. Außerdem waren die Gebärmütter der Schweine durchschnittlich um ein Viertel größer als normal. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie australischer und US-amerikanischer Forscher. Für den Versuch wurden 168 Yorkshire-Schweine die gesamte Mastperiode unter üblichen Haltungsbedingungen je zur Hälfte mit GV- bzw. konventionellem Mais und Soja gefüttert. Beide GV-Pflanzen sind resistent gegen Glyphosat. Zusätzlich produziert der GV-Mais zwei verschiedene Insektengifte. Nach der Schlachtung wurden die Tiere auf mögliche Organschäden untersucht. Auffällig war die Rate der verzeichneten schweren Magenentzündungen. Sie war bei den gentechnisch gefütterten Tieren doppelt so hoch (23 %) als bei der Kontrollgruppe (12 %). Einige Forscher werfen den Autoren vor, nur die schweren Magenentzündungen auszuwerten sei „wissenschaftlich betrachtet nicht angemessen.“ Nach Einschätzung von Christoph Then (Testbiotech) passt die Studie zu den Ergebnissen früherer Studien, bei denen auch bei anderen Tierarten wie Mäusen, Ratten und Fischen Immunreaktionen durch GV-Pflanzen ausgelöst wurden. Diese können zu Entzündungen an Organen führen. Es sei auch korrekt, besonders schwere Verlaufsformen von Erkrankungen statistisch gründlicher auszuwerten. Für ihn ist es eine weitere Studie, die deutliche Hinweise gibt, dass GV-Pflanzen nicht als sicher einzustufen und nicht ausreichend untersucht worden sind. *av*

Kurzes am Rande

Milch im Rauchnebel

EMB-Aktion gegen Blockade von Mengensteuerung

Stimmungsmäßig hatten die Milchbäuerinnen alles im Gepäck, als sie zum Auftakt der, vom Bundesverband deutscher Milchviehalter (BDM) und dem European Milk Board (EMB) organisierten, Aktion vor das Kanzleramt nach Berlin reisten. Frust und Resignation darüber, dass Frau immer noch wieder vor das Kanzleramt derselben Kanzlerin ziehen müsse, vor dem man schon 2009 campiert habe, mischten sich mit dem unbedingten Willen, nicht aufzugeben, weil doch das genau das Signal ist, auf das die beiden Berliner Politdamen eigentlich warten. „Merkel und Aigner begreifen es nicht und halten immer weiter am alten System fest, was falsch ist“, konstatierte die EMB-Vorsitzende Sieta van Keimpema. Sie und ihre aus Holland angereisten Kollegen und Kolleginnen trugen T-Shirts mit den Tourdaten der „Tour de Force“, die die Milchbauern und -bäuerinnen inzwischen bereits hinter sich haben, der Titel passt nicht nur, weil sie einen gewaltigen Kraftakt darstellt, sondern weil auch die Gewalt sichtbar wird, mit der die Forderungen der Milchbauern und -bäuerinnen europaweit immer wieder abgebugelt werden.

Gezielte Desinformation

„Ein Markt ohne Regeln ist nur im Sinne des Kapitals“, formulierte Elisabeth Böse-Hartje, Bio-Milchbäuerin und Tierärztin am Weserufer bei Bremen. Das Kapital, in diesem Fall die Milchindustrie, hat kein Interesse an Regeln, und der deutsche Bauernverband als deren Handlanger auch nicht. Er schreibt: „Eine neuerliche Regulierung der Milchlieferung zum gezielten Mengenmanagement lehnt der Verband ab.“ Unterstützt wird er vom Thünen-Institut für Marktanalyse, das „erhebliche Bedenken“ gegen die Wirksamkeit und Durchführbarkeit des Instruments des freiwilligen Produktionsverzichts zur Bewältigung von Marktkrisen hegt. Aufgrund des sehr hohen Mittelaufwands und eines ungewissen Nutzens könne einer solchen Maßnahme keine Effizienz bescheinigt werden. Mit solchen Aussagen beteiligten sich die Wissenschaftler an einer „gezielten Desinformation und einem bewussten Verbreiten der Unwahrheit“ zur Milchmarktpolitik, warf ihnen EMB-Präsident Romuald Schaber auf der Kundgebung vor dem Kanzleramt vor. Das Instrument des freiwilligen Produktionsverzichts gegen Ausfallenschädigung sei effektiv, schnell marktwirksam und benötige keinerlei öffent-

liche Mittel, weil es von den Erzeugern selbst finanziert würde, sagte Schaber. Es sei unsachlich wenn das Thünen-Institut suggeriere, ein freiwilliger Produktionsverzicht müsse mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Der Milchbauer und Vorsitzende der AbL Bernd Voß erklärte, das Thünen-Institut rede einem verschärften Strukturwandel in der Milchzeugung das Wort, um der deutschen Milchindustrie größere Anteile am Welthandel zu ermöglichen. Selbst EU-Kommissar Dacian Ciolos wurden schon ablehnende Worte gegenüber dem, auch vom EU-Parlament befürworteten, Instrument, von wem auch immer, in den Mund gelegt, die er offenbar gar nicht gesagt hatte - alles um die Bauern und Bäuerinnen zu verunsichern.

Qualm und Rauch

Verunsicherung wurde auch vor dem Kanzleramt spürbar, nachdem Bäuerinnen aus vielen europäischen Ländern ihre Grußworte überbracht hatten und die Frage auftauchte, was nun? Müssen wir nicht mehr tun, als immer nur demonstrieren und gute Vorschläge überbringen, die keiner hören will? Sind wir nicht inzwischen folkloristisches Beiwerk des Politzirkus mit unseren Transparenten? Schon in Brüssel haben im vergangenen Jahr die französischen Kollegen mit dem Aufdrehen der Milchschräuche eine Radikalität offenbart, vor der man sich in Deutschland zumindest noch scheut. So brannten in Berlin diesmal nur zwei Strohpuppen und nicht die ganze Mauer aus Strohballen, die vor dem Regierungssitz aufgetürmt worden war. Mehr Qualm und Rauch als Flammen, Ausdruck von Wut und Ohnmacht - noch. *cs*



Schall und Rauch vorm Kanzleramt

Foto: Schievelbein

Betriebsspiegel:

90 Tage Alp im 3er Team
zwei Hütten: 1.750 m und 1.950 m
170 ha Grünland
45 Simmentaler Milchkühe und 50 Rinder, 10 Schweine
4,5 t Bergkäse hergestellt

Es war ungefähr heute vor einem Jahr, als wir von einem alten Golf geduldig über Schweizer Bergstraßen ins Berner Oberland getragen wurden. Auf seinem Weg passierte er gepflegte Kulturlandschaft und eine malerische Postkartendidylle. Berge und Täler hielten hinter jeder Biegung eine neue Überraschung für uns bereit. Im Kofferraum: Lebensmittel und Ausrüstung - genug um auf einem 2000 Meter hohen Berg gemeinsam mit rund 105 Viechern einen abenteuerlichen Sommer zu verbringen. Am Steuer: Wir - zwei junge Bauern aus Deutschland, die keine Ahnung hatten, wie die nächsten drei Monate ihres Lebens verlaufen würden. Als wir uns 20 Kilometer vor Lau-

nen - ein Dorf am Fuße des Berges, der für den Sommer unsere Heimat werden sollte - in einer kleinen Bäckerei einen Kaffee holten, kamen wir kurz mit der Verkäuferin ins Gespräch: „z'Alp wollt's?“, „Hinterer Trütlisberg?“. Wir bejahten. „Oh Herrgott!“ Offenbar kannte die Bäckerin unsere Alp und ihre Reaktion führte nicht dazu, dass sich unsere Aufregung legte. Im Gegenteil. Wir hatten trotz der Tatsache, dass wir zwei gelernte Bauern waren, die sich für unbesiegbar hielten, die Hosen ziemlich voll. In Lauenen angekommen, baten uns Monika und ihr Mann Matthias - einer von sieben Bauern, der uns im Sommer seine Kühe anvertraute - in ihr hölzernes Bauernhaus. Instant-Kaffee sowie Weißbrot und Mayonnaise standen auf dem Tisch. Im Kontrast dazu gab es einen vorzüglichen Bergkäse, dessen Herstellung unser 3er Team mit Selina Braun die nächsten drei Monate ausgiebig

beschäftigen sollte. Das Essen fiel sehr kurz aus, denn nichts war uns wichtiger, als endlich auf den Berg zu kommen und unsere Alphütte kennen zu lernen. Wir luden unser Gepäck vom Golf in Matthias Allrad-Landrover und fuhren los in Richtung „Hinterer Trütlisberg“ - ein Weg in eine unbekannte Zukunft. Denn mit der Fahrt im Geländewagen begann für uns ein Sommer voller bereicherender Grenzerfahrungen, den wir trotz seiner langen und harten Arbeitstage nie wieder missen wollten.

Was der ausschlaggebende Grund für die heutige Verliebtheit in „Unsere Alp“ ist, lässt sich nur schwer präzisieren. Ein Grund dafür könnte der Stellenwert einer Kuh für ihren Besitzer sein. Die acht Milchkühe, von denen eine Bauernfamilie zwar besser als in Deutschland, aber auch hier leider nur anteilig leben kann, gehören quasi zur Familie. Ihre starken Hörner

tragen die kleinrahmigen Tiere mit Stolz und ihre Robustheit ist beeindruckend. Die Tatsache, dass wir die 45 Milchkühe und 50 Rinder aller Altersklassen jeden Morgen, nachdem wir sie von der Nachtweide geholt hatten, an ihrem jeweils ganz persönlichen Platz festbinden sollten, erschien uns vor der Alpzeit noch als völlig utopisch. Schnell merkten wir aber, dass diese Tiere zu Menschen ein viel vertrauterer Verhältnis hatten, als wir es aus Deutschland gewohnt waren. Kurz: Das Anbinden verlief trotz der Hörner problemlos. Und wenn wir schon dabei sind: Wir erlebten eine Form der Anbindehaltung, die uns, wenn auch nicht vollends überzeugte, wenigstens ins Grübeln brachte und schließlich positiv überraschte. Und noch etwas war sehr besonders: Die sieben Bauern waren in einer funktionierenden Genossenschaft organisiert. Deutlich wurde dies spätestens an dem Tag, als unsere Hütte nach einer langen Hitzeperiode fast abgebrannt wäre. Alle Bauern kamen auf den Berg, um in den nächsten Tagen gemeinsam die Hütte zu reparieren. Beeindruckend war auch, wie die anfangs skeptische Einstellung der Bauern uns gegenüber langsam wich und wie die wortkargen Bergbewohner zu redseligen Feiertagsgenossen mutierten. Durch viele feucht-fröhliche Abende wuchs eine vertraute und freundschaftliche Atmosphäre, die schließlich darin gipfelte, dass einige Bauern für einen Nachmittag unsere Arbeit übernahmen, uns mit traditioneller Kluft und Geländewagen ausstatteten, damit wir auf das alljährliche Jodelfest auf einer nahen Alp fahren konnten.

Martin Himmelmann
Phillip Brändle

Alpträum

Als ausgebildeter Landwirtschaftsmeister habe ich anfangs mit meinen Eltern gestritten, weil sie so rückständig waren und die neuesten Weisheiten, die ich gelernt hatte, nicht gleich im Betrieb umzusetzen. 25 Jahre haben wir dann auf unserem Betrieb so gearbeitet, wie es Schule, Beratung, Fachpresse usw. vorgaben. Mit den Jahren habe ich selber meine Erfahrungen gemacht und bin wieder etwas „vernünftiger“ geworden. Wir haben unseren Betrieb weiterentwickelt und vergrößert. Trotzdem war ich nie ganz zufrieden: Einen Großteil meiner Arbeitszeit habe ich damit verbracht, irgendwelchen Krankheiten nachzulaufen. Auf dem Acker waren es die Getreidekrankheiten, und im Stall gab es Probleme bei den Tieren mit Fruchtbarkeit, Kälberdurchfall, Grippe, Klauenproblemen usw. Der Tierarzt war Stammgast auf unserem Hof. Von meinen Berufskollegen hörte ich meist etwas ähnliches. Die Tierbestände wurden immer größer und die Probleme auch. Ich habe mir immer mehr Gedanken über Veränderungen gemacht. Als erstes habe ich mich mit Homöopathie beschäftigt. Nach und nach kamen Effektive Mikroorganismen (EM), Gesteinsmehl zur Güllebehandlung, erweiterte Fruchtfolge, weniger Eiweiß und kein Soja mehr in der Fütterung, kein Mineraldünger mehr auf dem Grünland, weniger Pestizide hinzu. Ich habe Seminare zu Humus, Bodengesundheit und Biolandbau besucht und vieles auf dem Betrieb ausprobiert. Ich war begeistert und habe erkannt, wenn wir immer mehr Chemie weglassen, geht es nicht nur genau so gut, sondern immer besser. So sind meine Frau, mein Sohn, der



Höchste Zeit

inzwischen seine Ausbildung abgeschlossen hat, und ich 2006 zu dem Entschluss gekommen, unseren Betrieb auf Ökolandbau umzustellen. Mittlerweile kann ich sagen, dass es eine gute Entscheidung war.

Was hat sich geändert auf dem Hof? Die Erträge sind im Schnitt um 25 Prozent gesunken. Die Milchleistung ist in den ersten Jahren der Umstellung etwas zurückgegangen und liegt jetzt bei knapp 7.000 l. Die Ausgaben für Dünger, Pflanzenschutz und Futtermittel sind weg. Die Tierärztkosten sind um ca. 75 Prozent gesunken und liegen im Schnitt zwischen 15 und 20 Euro je Großvieheinheit und Jahr. Das Getreide ist entgegen aller Warnungen meiner Kollegen jetzt weniger mit Mehltau und Fusarium belastet. Gewinn und vor allem die Gewinnrate sind höher als vor der Umstellung. Das heißt, dass sich Biolandbau auch rechnet. Böden, Pflanzen und die Tiere sind wesentlich gesünder und vitaler - das ist bestimmt auch

für die Menschen gesünder. Außerdem belasten wir unsere Umwelt nicht mehr mit Nitrat und giftigen Pestiziden. Warum stellen dann nicht mehr Bauern auf Biolandbau um? Ist die Lobbyarbeit der Agrarindustrie so gut? Vielleicht sollten wir auch unsere „Berater“ wechseln. Fachzeitschriften, welche über die Hälfte ihrer Einnahmen mit Werbung von der Agrarindustrie erhalten, können keine ehrlichen und objektiven Informationen liefern und sind es eigentlich nicht wert, gelesen zu werden. Genau so ist es mit Landwirtschaftsberatern, welche einen Großteil ihrer Informationen von der Industrie bekommen. Das größte Problem ist aber wahrscheinlich die FNL (Fördergemeinschaft für nachhaltige Landwirtschaft e.V.). Die FNL ist der Zusammenschluss der gesamten Agrarindustrie und gibt die Richtung in der Landwirtschaft vor. Die Politik, die Beratung und die Strukturen des Bauernverbands werden dazu missbraucht, diese Vorgaben an die

Basis zu den Bauern zu transportieren. Biolandbau hat da keinen Platz, denn dabei ist nichts zu verdienen. Ökolandbau ist auch viel einfacher, als viele glauben und die größten Probleme bei der Umstellung sind nicht auf dem Acker oder im Stall sondern in den Köpfen der Bauern und Bäuerinnen. Ich hoffe, dass ich mit meinem Beitrag viele zum Nach-, Um- und Vorwärtsdenken bringe, denn eines dürft ihr mir wirklich glauben: Es ist wunderschön, Biobauer zu sein, und ich werde in einigen Jahren meinen Hof mit gutem Gefühl und gutem Gewissen an meinen Sohn übergeben. Es ist höchste Zeit „umzustellen“.

Georg Planthaler

Betriebsspiegel:

55 Milchkühe
55 Stück weibliche Nachzucht
14 ha Dauergrünland, 42 ha Ackerland mit Kleegrass, Triticale, Hafer-Gerste-Erbsengemenge, Silomais

Eiweißfutter: Global oder regional?

Futtermitteltag setzt auf Stabilisierung von Fruchtfolgen statt Konzentration in Gunstlagen

Die Mischung macht's - auf dem Acker in der Fruchtfolge genauso wie bei einer Fachtagung und deren TeilnehmerInnen. Auf ihrem ersten Futtermitteltag am 3. Juni in Hamm machten die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und die entwicklungspolitische Organisation Germanwatch eingangs ihren Standpunkt deutlich: Der intensive Einsatz importierter Eiweißfuttermittel für die exportorientierte Erzeugung von Fleisch und Milch bringt regionale und globale Pro-



Christoph Dahlmann

Foto: Hof-Kautz

bleme mit sich und verschärft die Hunger-situation. „Es braucht eine umfassende positive Vision für die weltweite Landwirtschaft, statt Hantieren an einzelnen Stellschrauben“, formulierte Tobias Reichert von Germanwatch als globalen Auftrag zur Bekämpfung des Hungers. Für Christoph Dahlmann, Leiter des AbL Projektes „Vom Acker in den Futtertrog“, gehört dazu vor allem der Blick auf die eigenen, naheliegenden Möglichkeiten und Aufgaben. Der heimische Anbau von Leguminosen kann in vielerlei Hinsicht fortschrittliche Beiträge leisten: „Im Grundsatz geht es immer um die Stabilisierung von Fruchtfolgen. Damit verbundenen ist die Möglichkeit, energieaufwendige Dünge- und Pflanzenschutzmittel einzusparen. Und es kann eine stärkere Eigenversorgung mit eiweißreichen Futtermitteln auf den uns verfügbaren Flächen erreicht werden.“

Arbeitsteilig und intensiv?

Dr. Thomas Schmidt vom Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID) betonte hingegen die internationale Arbeitsteilung mit regem Handel als die effektivste Form der landwirtschaftlichen Nutzung von Flächen und Gunstregionen. Als Argument zog er Ertragsvergleiche von Weizen heran: Dieser bringe in Deutschland den 2,6-fachen Flächenertrag verglichen mit anderen Standorten weltweit. Auf diese Produktivität auf einem Teil der hiesigen Fläche zu Gunsten

des Eiweißpflanzenanbaus zu verzichten, sei international nicht verantwortlich. (Daten zu Sojamingen und -handel siehe Bauernstimme 06/2013) Nicht berücksichtigt hatte er dabei nach Ansicht eines Teilnehmers, dass Europa weniger eine Getreidegunstregion durch natürliche Standortbedingungen als viel mehr durch hohe Zuchtungsintensität und inputintensives Wirtschaften ist. Der Anbau und Züchtungsfortschritt bei heimischen Leguminosen ist jedoch gerade durch die internationale Rollenverteilung in den letzten Jahrzehnten fast zum Erliegen gekommen. Durch das Eiweißpflanzenprojekt ist es gelungen, ganz unterschiedliche Sichtweisen und Interessen zu vernetzen, wie an der bemerkenswerten Vielfalt der Teilnehmer deutlich wurde: u. a. einige Bauern mit mehr oder weniger Erfahrung im Leguminosenanbau, Vertreter der Landwirtschaftskammer, Wissenschaftler vom Julius-Kühn-Institut, der Uni Hamburg und der Uni Kassel sowie mehrere Mitarbeiter aus dem Futtermittelhandel und der Fleischverarbeitung. Anhand von Leistungsdaten aus Fütterungsversuchen wies

Dr. Gerhard Stalljohann, Tierernährungsexperte der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (NRW), auf die Grenzen und Möglichkeiten von Futtermischungen mit reduzierten Anteilen Sojaschrot hin – unter Einsatz von Rapschrot und heimischen Leguminosen. Sein Fazit: Futtermischungen ohne Soja sind machbar. In der konventionellen Tierhaltung bestehen zudem durch die Beimischung synthetischer Aminosäuren viele Regulierungsmöglichkeiten. Derzeit werde jedoch eine sojaarme Fütterung häufig als reine „Ökoalternative“ abgetan. Die größte Einschränkung sah Stalljohann in der Verfügbarkeit von heimischen Eiweißfuttermitteln – es gebe zur Zeit fast keinen Markt: „Die Fütterungsempfehlungen passen sich der Zeit und der Futtermittelverfügbarkeit an. Zur Zeit wird wenig alternatives zu Soja gehandelt, also wird es im konventionellen Bereich nur in geringen Mengen eingesetzt“. Bleibt die Frage, wie also das Interesse an Leguminosen und dem Handel mit ihnen steigern, wenn das so viele Vorteile hätte?

Heimischer Anbau

Dass sich der Anbau von Leguminosen in Deutschland sinnvoll regional einbinden lässt, schilderte der niedersächsische Bauer

Jan Wittenberg: Im norddeutschen Klima baut er seit einiger Zeit erfolgreich ökologisch Soja an. Er hat sich eine Aufbereitungsanlage gebaut und verkauft Öl und Schrot in einem Umkreis von maximal 250 Kilometern. Auf Dauer hofft er ein stärkeres Netzwerk mit mehr Anbau und Abnehmern aufzubauen: „Wichtig dafür ist vor allem, dass der Anbau klappt. Deshalb schaue ich da besonders drauf, damit andere sehen können: es funktioniert“. Unterstützend zu solchen beherzten Beispielen aus der Praxis wurde auf der anschließenden Podiumsdiskussion zu agrarpolitischen Handlungsfeldern eine konsequente Förderung von Anbau, Erfahrungsaustausch und Züchtung gefordert. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL Bauer in NRW, kritisierte die derzeit vom Bundeslandwirtschaftsministerium ausgerichtete Eiweißpflanzenstrategie als nicht weitgehend genug. Zum einen entspreche die finanzielle Ausstattung der Projekte innerhalb des knappen Etats des BÖLN (Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen der nachhaltigen Landwirtschaft) nicht ihrer viel geprie-



Starke Hülsen

Foto: Stephan/BLE

senen Bedeutung. Zum anderen muss es nach Baringdorf explizit um eine Leguminosenstrategie gehen, da die Hülsenfrüchte durch die Erweiterung der Fruchtfolgen weit mehr Nutzen mit sich bringen als nur Eiweißkomponente im Tierfutter zu sein: „Die Einsparung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie der Vorfruchtwert für Folgekulturen müssen unbedingt in die ökonomische Bewertung einfließen.“ *cw* *Vorträge und Infos unter www.vom-acker-in-den-futtertrog.de*

Grünlandschutz mit Milchbauern

In Schleswig-Holstein ist ein Grünlandschutzgesetz in Arbeit. Das Landesteam des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) unterstützt das Anliegen, fordert aber ein ausreichendes Gleichgewicht aus Schutz und Wirtschaftlichkeit für die Betriebe.

Umbruchverbote bestimmter sensibler Standorte seien sinnvoll. Im Gesetzesentwurf sind jedoch Formulierungen enthalten, deren Interpretationsspielraum eine Nutzung weitgehend einschränken könnte. Mitte Juni versammelten sich deswegen MilchviehhalterInnen aus allen Landkreisen mit mehr als 20 Traktoren vor dem Landtag in Kiel, um den Agrarminister Robert Habeck und Vertreter der Fraktionen von einer Überarbeitung der Gesetzesinhalte zu überzeugen. Es gehe um ein

schlüssiges agrar-, umwelt- und marktpolitisches Gesamtkonzept, in dem sich grünlanderhaltende Milchviehhaltung lohnt. Nur durch Nutzung der Flächen und Weiterentwicklung der Grünlandkompetenzen unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten sei der Erhalt von Natur und Höfen langfristig möglich. *cw*

Hinter der Masse von 27.000 Hühnchen, die jeden Tag im Großschlachthof in Wietze ihr Leben lassen, um als Brathendl, Hühnerfrikasse oder leichter Wellness-Geflügelbrotbelag auf unseren Tellern zu landen, stehen einzelne Tiere, einzelne Menschen und unterschiedliche Geschichten. Gülletouren, ein neues Baugesetz, Schwänzekupieren und Medikamenteneinsatz - die Frage, was für eine Art von Tierhaltung wir uns als vermeintlich zivilisierte Kulturnation leisten wollen, spielt derzeit in der öffentlichen Debatte eine große Rolle. Das sorgt für Verunsicherung bei vielen Bauern und Bäuerinnen, regt aber auch bäuerlichen wie gesamtgesellschaftlichen Widerstand. Dieser trifft sich zur Demo in München, Mitte des Monats und Ende August zum Aktionswochenende in Wietze. Nur wenn viele Menschen dort deutlich machen, dass sie es nicht länger akzeptieren von Konzernen entmündigt und mit Billigfleisch gestopft zu werden, kann sich dauerhaft etwas anderes entwickeln. Der Handel hängt sein Fähnlein nach dem Wind, gibt aber auch nur Geld aus, wenn es sich für ihn lohnt. Bauern und Bäuerinnen wissen um die Schwierigkeiten der modernen Tierhaltung, sie brauchen Signale dafür, dass eine bäuerliche, artgerechte Herangehensweise gewollt ist und auch bezahlt wird - von der Politik, wie auch von der Gesellschaft.



Grillen und philosophieren

Über die komplexe Gemengelage in der Tierhaltung

Verunsicherung ist momentan die zentrale Gefühlslage unter den konventionellen Schweinebauern und -bäuerinnen, so scheint es. Auf der einen Seite entwickelt sich der Markt nicht so, wie er sollte angesichts von Grillwetter und vermeintlichem Schweinemangel. Noch fehlen den Bauern und Bäuerinnen 30 Cent zu den prognostizierten zwei Euro je Kilo Schlachtgewicht. Und dann ausgerechnet senken die Discounter die Preise, die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) beklagt auch dadurch einen weiteren Image- und Wertschätzungsverlust für Fleisch. Dafür muss sie sich von der eigentlich nicht zum Feindeslager gezählten *Lebensmittelzeitung* (LZ) kritisieren lassen: Schließlich würde den Discountern Abzocke vorgeworfen, wenn sie niedrige Einkaufspreise nicht weitergeben würden. Dass die nicht die Kostenrealität widerspiegeln, liege an Subventionen auf allen Ebenen der Erzeugung, so die LZ. „Die Bauernlobby hat es bisher verstanden, sich öffentlich so zu inszenieren, dass die Bauern trotz höchster politischer und finanzieller Aufmerksamkeit das Ver-

lierer-Image haben und deshalb weiterhin als besonders schützenswert gelten. Stellten sie 1950 mit rund sieben Mio. Wählern noch eine Kraft dar, so ist die verbliebene Mio. Beschäftigter in der Landwirtschaft heute fast vernachlässigbar“, legt Kommentator Bernd Biehl noch nach und sorgt damit nicht gerade für Stimmungsaufhellung. Und dann bemüht er auch noch die Umwelt- und Tierschützer mit dem Hinweis, dass sich die ökologischen Kosten nicht in der Produktion wiederfinden.

Tat oder Wahrheit

Womit der vielleicht noch schwerwiegendere Punkt in Sachen Verunsicherung angesprochen ist. Keine Versammlung der gesamten Fleischbranche derzeit ohne Tierwohldebatte. Fast möchte man es für einen Witz halten, dass sich der Zentralverband der Geflügelwirtschaft den Populärphilosophen David Precht einlädt, um mit ihm über die Frage zu philosophieren „Ist Fleischkonsum heute noch zu verantworten?“ Einig sind sich fast alle in dem Gefühl von: „Wir müssen da mal drüber sprechen“, die Frage nach kon-

kreten Änderungen wird von den Interessensvertretern bislang allerdings unterschiedlich angegangen. Die Gespräche rund um die Tierwohlnitiative, in der Branchenvertreter aus allen Bereichen sitzen, schleppen sich dahin. Der Bauernverband gilt als Bremser nach dem Motto: „wie kann man was machen, ohne was zu machen.“ Gleichzeitig wächst der Druck auf die Bauern und Bäuerinnen. Schlachthofboss Clemens Tönnies fordert auf Bauernversammlungen Ausläufe und komplette Schwänze, gemunkelt wird bereits, dass er es selbst mit einem Stall vormachen will. Vion mit seinen holländischen Wurzeln sieht, dass sie dort Eber mästen und Tierschützer im Parlament sitzen haben. Im Handel taucht das Tierschutzlabel auf, Edeka kooperiert mit Neuland, Rewe drängt auf mehr Tempo in der ursprünglich mal von PROVIEH initiierten Brancheninitiative. *top agrar* befasst sich in seiner Titelgeschichte zum Schweinefleisch mit Abferkelbuchten ohne Ferkelschutzkorb, Tenor: mit mehr Platz und mehr Geld kann es funktionieren. Danach folgt noch eine Meldung zu einer Studie, die Stroh die besten Effekte in Sachen

Klauengesundheit bei Sauen attestiert und die Meldung, dass der Futterzusatz, der Schwanzbeißen verhindern soll, erst recht aggressiv macht, weil er nach Schwein schmeckt. Die Politik beschließt, auf Druck der gesellschaftlichen Bewegung, mit dem Baurecht erste Hebel gegen Massentierhaltung und im Schweineerland Nummer Eins gibt es einen grünen Landwirtschaftsminister, der die Agrarwende proklamiert.

Selbstgemacht

Alle scheinen weiter bewegt als die meisten Bauern und Bäuerinnen, die mit modernen Ställen in der zwangsbelüfteten Investitionsfalle sitzen und nicht mal eben alles umreißen wollen und können. Sie gucken auf die Nischen, Neuland, Bio wo auch nicht immer alles rund läuft. Kein Wunder, dass sie verunsichert sind. Verordnungen von oben würden sie zwingen, dabei müsste es eigentlich das Projekt der Landwirtschaft selbst sein, für bäuerliche Strukturen und eine artgerechte Tierhaltung einzutreten, damit es glaubwürdig ist und gelebt wird. Das gäbe manchem auch wieder Selbstsicherheit. cs

Bauernhöfe statt Agrarfabriken!

Gesellschaftliche Bewegung verhindert Agrarfabriken vor Ort und erzwingt neues Baugesetz

Im bundesweiten Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ gibt es mittlerweile 200 Bürgerinitiativen und Verbände - in Mecklenburg Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und seit dem letzten Monat auch in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg haben sich bereits Landesnetzwerke gegründet. Zusammen hat man allein im letzten Halbjahr 22 Tierfabriken für 1,3 Mio. Masthühner, 146.000 Legehennen, 40.000 Puten, 70.000 Schweine und 750 Kühe verhindert. Hinzu kommen vermutlich mehrere hundert ursprünglich geplante Anlagen, deren Investoren jedoch wegen der zu erwartenden Auseinandersetzungen von ihren Vorhaben Abstand genommen hätten.

Novelle Bundesbaugesetzbuch

Erheblich begünstigt wird der weitere Einsatz gegen Agrarfabriken und für eine flächengebundene und artgerechte

Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen durch die verabschiedete Novelle des Bundesbaugesetzbuchs, die den Gemeinden das Recht gibt, für gewerbliche Großanlagen im Außenbereich die Erstellung eines Bebauungsplans zu versagen. Dies gilt rückwirkend ab Juli 2012 für alle gewerblichen (also flächenarmen) Ställe mit mehr als 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 30.000 Masthühner-, 15.000 Legehennen-, 15.000 Puten- oder 600 Rinderplätzen. Es gilt jetzt, diese Grenzen auf sämtliche beantragte Großanlagen auszuweiten und eine echte Futterflächenbindung zu verankern. Bei den diesjährigen Tagungen des „Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft“ (KTBL) zu den „Aktuellen Rahmenbedingungen für die Tierhaltung“ in Ulm und Hannover war die Einschätzung etlicher Kongress-Teilnehmer, dass auch die bislang noch „landwirtschaftlich“ privilegier-



... so saftig!

Foto: Schneider/pixelio



So süüüß.....

Foto: Handke/pixelio

— Erfolge des Netzwerks

Im mecklenburgischen Kuppentin (bei Plau) erreichte der BUND die vorläufige Stilllegung einer **130.000er Hähnchenmastanlage** wegen einer fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfung hinsichtlich eines benachbarten Europäischen Naturschutzgebiets. Im mecklenburgischen Wattmannshagen wurde der Bau einer **200.000er Hähnchenmastanlage** und im vorpommerschen Klein Daberkow der Weiterbau einer **400.000er Hähnchenmastanlage** gestoppt. Die mecklenburgische Gemeinde Mestlin war vor dem Verwaltungsgericht Schwerin erfolgreich mit ihrer Forderung nach einer vorläufigen Stilllegung einer 2008 genehmigten **1.500er Schweineanlage** - deren Bau habe gegen

die Vogelschutzrichtlinie verstoßen. Anfang März stoppte das Amt für Raumordnung und Landesplanung Region Rostock unbefristet den Neubau einer Mastanlage für **7.900 Schweine** in Suckwitz wegen fehlender Verträglichkeitsuntersuchungen zum Naturschutz und zur Betroffenheit des Tourismus. Eine Bürgerinitiative aus dem vorpommerschen Angermünde erreichte die Ablehnung des Antrags der Milchgut Schmargendorf KG bzw. der Investoren Dobbe und Hemme auf Erweiterung ihrer Milchviehanlage von **560 auf 1.400 Plätze**. In Niedersachsen erreichte die Bürgerinitiative Dielmissen die Versagung der Genehmigung einer Hähnchenmastanlage durch den Landkreis Holzminden.

ten Großställe von Betrieben mit ausreichend Futterfläche bald das privilegierte Baurecht verlieren könnten. Dies betrifft bzw. betraf Ställe mit mehr als 1.500 Mastschweine-, 560 Sauen-, 30.000 Masthühner-, 600 Rinder- und 15.000 Legehennen bzw. Putenplätzen. Laut Umweltbundesamt ist die Zahl der industriellen Tierhaltungsanlagen mit mehr als 2.000 Mastschweinen, 750 Sauen oder 40.000 Geflügelplätzen allein von 2007 bis 2010 von 1.382 auf 2.454 gestiegen, vor allem in Niedersachsen (42 %), NRW (15 %) und den ostdeutschen Bundesländern. Gleichzeitig erhöhten aber neue EU-Vorgaben die Chance, in Ställen dieser Größe die Anwendung der „besten verfügbaren Technik“ zum Umweltschutz vorzuschreiben.

Wie weiter?

Auf drohende Schadensersatzklagen bei fälschlicherweise genehmigten Anlagen wies Rechtsanwalt Dr. Manfred Schröder hin. Zu prüfen sei z.B. bei aufge-

splitteten Stallanlagen, ob nicht bei allen Betreibergesellschaften der gleiche Investor bestimme, oder ob die von Gutachtern verwendeten Geruchs-Obergrenzen bei Häusern im Außenbereich nicht überhöht seien. Gemeinderäte dagegen hätten bei der Verweigerung ihres Einvernehmens keinen Schadensersatz zu befürchten. Auch Volkmar Nies von der Landwirtschaftskammer NRW verwies auf Entscheidungsspielräume der Genehmigungsbehörden und Gemeinden bei der (begründeten) Abweichung bzw. Senkung von pauschalen Immissionsgrenzen. Der Zustand einer bisher weitgehend fehlenden Kontrolle darüber, ob die Investoren die bei der Genehmigung gemachten Vorgaben später wirklich einhielten, würde sich vermutlich ändern. Dies betreffe insbesondere auch die Frage, ob nach Auslaufen alter Verträge für Pachtflächen wirklich noch genügend Futterfläche für den Erhalt der landwirtschaftlichen Bauprivilegierung vorhanden sei. *en*

Im Februar erfolgte außerdem die vorläufige Stilllegung zweier Hähnchenmastanlagen im emsländischen Wipplingen mit **84.000 Stallplätzen** - zahlreiche Einwander hatten die unzureichende gutachterliche Berücksichtigung der Stickstoff-Emissionen auf die benachbarte Natur und die Gefährdung der Anwohner durch Bioaerosole moniert. Im März untersagte das Verwaltungsgericht Osnabrück in Bippin die Rodung von 1,7 ha Wald im Naturpark Teutoburger Wald für **2 x 50.000 Hähnchenmastplätze**. Anfang April 2013 zog auch der Investor für zwei Hähnchenmastanlagen (85.000 Mastplätze) im niedersächsischen Springe/Boitzum unter dem Druck der örtlichen Bürgerinitiativen des

Landesnetzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ seinen Bauantrag zurück. Der Landkreis Stade versagte aus Immissionsschutzgründen die Genehmigung für einen **2.000er Schweinemaststall**. Die Gemeinde Weningens (Region Hannover) stoppte eine **26.000er-Bruteier-Hennenanlage** durch die Untersagung der Verlegung von Leitungen auf Gemeindewegen. Ende April gab die Bürgerinitiative Dalldorf (Landkreis Gufhorn) die Verhinderung einer **120.000er-Legehennenanlage** bekannt, im Juni der NABU die Nichtgenehmigung einer **40.000er-Hähnchenmastanlage** in Gildehaus durch den Landkreis Grafschaft Bentheim. Ende März erreichte die Bürgerinitiative Hüllhorst/

Zu Wasser, an Land und in der Luft

Immer längere Transporte haben mit den Grundlagen der Landwirtschaft, betriebseigener, regionaler Kreisläufe, nichts mehr zu tun.

Neueste Meldung: „Ein Güllentanker sticht in See. Damit die Ozeanriesen nach Löschung ihrer Sojaladung im Nordseehafen Brake nicht leer nach Südamerika zurückfahren müssen, nehmen sie jetzt Gülle aus den Norddeutschen Intensivmastregionen auf. Bei einer Größe von bis zu 294,30 m Länge, 32,30 m Breite, bei einem Tiefgang von bis zu 12,04 m schaffen die Transporte schnell Abhilfe, die Nährstoffübersorgung im Raum Vechta/Cloppenburg abzubauen.“ Zugegeben, dieses Szenario ist allenfalls eine gewagte Zukunftsvision. Vollkommen aus der Luft gegriffen ist es aber nicht. Im Kleinen haben erste Unternehmen begonnen, Gülle per Schiff zu verschicken. Auf der betriebseigenen Homepage meldet die Organische Düngung und Agrarservice GmbH (ODAS) im August vergangenen Jahres stolz „ODAS Gülle geht jetzt per Schiff auf Reisen.“ Nicht Südamerika, sondern Ostdeutschland ist die Zielregion. 1.278 Tonnen Gülle wurden so aus dem Emsland nach Haldensleben in Sachsen-Anhalt transportiert. 344 Kilometer oder vier Stunden mit dem Auto. Der Mittellandkanal verbindet die beiden Regionen zuverlässig auch für Schiffe. Reisezeit vier Tage. Die Tätigkeitsfelder des Unternehmens ODAS sind die Vermittlung von Wirtschaftsdüngern, deren Ausbringung und Transport. Mit dem Transport reagiert das Unternehmen auf den Gülleüberschuss in den Intensivmastregionen. In der Landwirtschaft kein unbekanntes Denken, bildet es doch die Grundlage des hofeigenen, nachhaltigen Betriebskreislaufes ab. Nicht ganz neu ist die überbrückte Entfernung, und damit die komplette Entkopplung von den Betrieben. Wirklich neu ist nur der Transportweg. Mit dem Schiff auf dem Wasser lassen sich große Entfernungen kostengünstiger überbrücken als mit LKW. Und während die abgebenden Mastbetriebe Geld für die Entsorgung zahlen, kaufen die Acker-

baubetriebe den Wirtschaftsdünger zu. Das Resultat ist eine sich immer weiter spezialisierende Agrarproduktion.

Großschlachthöfe

Nach wie vor an Standorte gebunden bleibt der Ackerbau. Hingegen sind für die industrielle Tierhaltung vor allem die Kosten der Futtermittel und deren Transportkosten entscheidend. Immer unbedeutender wird offenbar auch eine regionale Verarbeitung. Vor allem die großen Schlachthöfe saugen die Regionen förmlich leer und transportieren Tiere über weite Strecken, um eine Auslastung sicher zu stellen. Die Dimensionen, in denen derzeitige Schlachthofprojekte geplant werden, machen die Zahlen deutlich, die die Bürgerinitiative Wietze für den Rothkötter-Schlachthof in Wietze recherchiert hat: „27.000 Tiere in einer Stunde, 432.000 Tiere am Tag, 2.592.000 Tiere in der Woche, 134.784.000 Tiere im Jahr.“ Der

Schlachthof wäre damit der größte Europas. Nachdem es bisher, schon in einer ersten Ausbaustufe aufgrund des zivilen Widerstands, nicht gelang, die benötigten 120 Vertragsmäster im Umkreis um Wietze zu gewinnen, muss das Unternehmen die Tiere aus dem Emsland und aus Dänemark holen. In Dänemark war ein Schlachthof des Unternehmens Rose-Poultry abgebrannt. Im Zuge der im Geflügelschlachtbereich voranschreitenden Konzentration wird dieser nicht neu aufgebaut werden. Der zum Rothkötter-Konzern gehörende Schlachthof in Wietze profitierte indirekt auch von der Fusion zwischen Stolle mit Plukon und der damit einhergehenden Schließung des Schlachthofs in Visbek. Zumindest einen Teil der bisher dorthin liefernden Vertragsmäster konnte Rothkötter übernehmen. Bisher ist aber nur die Hälfte der geplanten Kapazität des Schlachthofs gebaut. Nachdem der Versuch, bis zu 400 Vertragsmäster im Umland von Wietze

zu gewinnen, scheiterte, werden sich die Transporte weiter erhöhen.

Distribution

Am Beispiel des Schlachthofs in Wietze wird, neben der Abhängigkeit der Produzenten von einem Abnehmer sowie den enormen Belastungen der Anwohner und der Umwelt durch die massive Konzentration an einem Ort, ein weiteres Phänomen sichtbar. Die zentrale Verarbeitung an einem Ort hat nicht nur zur Folge, dass alles zum Schlachthof hin transportiert werden muss, sondern bedingt auch, dass die Ware im Nachgang wieder von dort weggebracht und in Deutschland bzw. Europa verteilt wird. Schon in der Vergangenheit nahm der Warentransport eine bedeutende Rolle ein, die sich aber vor dem Hintergrund zunehmender Konzentration in nahezu allen Bereichen der Landwirtschaft, nicht ohne Auswirkungen auf die Strukturen im ländlichen Raum, zukünftig noch weiter verstärken wird. *mn*



Der Mittellandkanal könnte zum Haupttransportweg für Gülle aus den Intensivregionen in den Osten werden.

Foto: Sadrishinski/pixelio

Tengern (bei Minden), dass der Investor seinen Antrag auf Bau einer 39.000er Hähnchenmastanlage zurücknahm. Ebenfalls im März wies das OVG Münster die Beschwerde eines Investors zurück, der seine Putenmastanlage von **35.000 auf 55.000 Mastplätze** aufstocken wollte, obwohl sie teilweise in einem Naturschutzgebiet lag. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf bestätigte die Position des NABU, dass die Erweiterung einer Putenmastanlage um **20.000 Plätze** im Vogelschutzgebiet „Untere Niederrhein“ unzulässig sei. Für Sachsen-Anhalt entschied das OVG Magdeburg zugunsten der klagenden Stadt Genthin, dass der agrarindustrielle Straathof-Konzern eine auf **50.000**

Ferkelplätze erweiterte frühere LPG-Anlage auf genehmigte **11.000 Tiere** binnen vier Monaten zurückbauen muss. Der niederländische Agrarindustrielle Straathof muss laut Urteil des Landesverwaltungsgerichts zudem eine ungenehmigte Biogasanlage bei seinen Schweine-Anlagen in Binde (bei Salzwedel) stilllegen - dies droht auch weiteren ungenehmigt gebauten Stallanlagen. Ende Februar stoppte die Bürgerinitiative Diesdorf (bei Salzwedel) mit Unterstützung des Bürgerinitiativen-Netzwerks und des BUND eine geplante **200.000er-Hähnchenmastanlage**. Die sächsische Gemeinde Zschepplin erreichte beim OVG Bautzen eine aufschiebende Wirkung gegenüber

den Bauplänen dänischer Investoren für eine **11.000er-Schweinemastanlage** im Ortsteil Krippenhna. Vor einer letztinstanzlichen Entscheidung dürfte die Anlage nicht gebaut oder betrieben werden. Der BUND Thüringen und die Bürgerinitiative „Diamantene Aue“ betrieben eine erfolgreiche Klage beim Verwaltungsgericht Weimar gegen die Genehmigung einer **8.000er Schweinemastanlage** in Oldisleben. Die Beeinträchtigung benachbarter FFH-Gebiete und Biotop war bei der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt nicht richtig berücksichtigt worden. Die Genehmigung der umstrittenen 36.000er-Schweineanlage des niederländischen Inve-

stors van Gennip im brandenburgischen Haßleben/Uckermark durch das Landesumweltamt Potsdam stößt auf heftige Kritik. Die vor Ort aktive Bürgerinitiative „Kontra Industrieschwein Haßleben“ kündigt eine Klage an, vor allem wegen der Gefährdung umliegender FFH-Gebiete durch die Immissionen der Tierfabrik. In einem Offenen Brief an Brandenburgs zuständige Ministerin Anita Tack (Linkspartei) hatten Mitglieder des bundesweiten Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ zuvor deutlich auf die krassen Gegensätze zwischen der Genehmigung der Agrarfabrik Haßleben und den Programm-Aussagen der Partei „Die Linke“ hingewiesen. *en*

Molkerei für Pflanzkäse

Eine 120-jährige Käsetradition findet nach einer Molkerei-Insolvenz einen pflanzlichen Neustart. Die Bauernmolkerei Neukirchen GmbH im Schwalm-Eder-Kreis in Hessen, eine Tochterfirma der Upländer Bauernmolkerei GmbH, die zuletzt mit ca. 45 Mitarbeitern unter anderem Bio-Kuhmilch-Käse unter Bioland-Lizenz und konventionellen Käse produzierte, schloss im Rahmen eines Insolvenzverfahrens zum 31.05.2013 ihre Tore. Die neu gegründete Unternehmung Tofutown New Cheeses GmbH wird sich in Neukirchen ganz der Herstellung von pflanzlichem Käse widmen. Die Tofutown GmbH erwirbt sowohl die Maschinen aus der Insolvenzmasse als auch das Molkereigebäude von der Erbeskopf Eifelperle eG Thalfang, einem Konzernunternehmen der Hochwald Foods GmbH. Die neue Unternehmung Tofutown New Cheeses GmbH dürfte einer der ersten Molkereistandorte überhaupt sein, die sich intensiv mit der Entwicklung und eigenen Herstellung von Käse auf pflanzlicher Basis beschäftigt.

Bio-Markt.Info.

Schweine, Ställe und Haltungen

Mit dem Tierarzt unterwegs zu Bestandsbesuchen

Ich habe uns für heute drei ganz unterschiedliche Betriebe rausgesucht“, empfängt mich Hendrik Eismann Anfang Mai in seiner Tierarztpraxis im Münsterland. So hatte ich mir das vorgestellt, als ich mit ihm einen Termin vereinbart hatte, um mir Bestandsbetreuung bei Schweinen anzuschauen. Am Ende des Tages schwirrt mir der Kopf vor Informationen, Schweinegeruch, Gesprächen und anderen Eindrücken: Wir kommen zu einem Bauern, der Masttiere hält und nebenher ein Lohnunternehmen betreibt. Wir stiefeln alleine durch den doppelstöckigen Ferkelaufzucht- und Anfangsmaststall eines Landwirtes, der hauptberuflich mit seiner anfälligen Biogasanlage beschäftigt ist. Und wir schauen uns ein geschlossenes System von Sauenhaltung bis Mast auf zwei miteinander durch das Betriebsleiterhepaar „verheirateten“ Hofstandorten an. Es ist nur ein kurzer Einblick, aber es wird deutlich, wie sehr die Betriebe von den ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten geprägt sind, von der Bedeutung der Schweine für das Betriebseinkommen, von der gängigen Beratung sowie von der Einstellung der Betriebsleiter zu den Tieren und zur Bedeutung des Tierarztes.

Haltung verändern

„Schau mal“, führt mir Eismann seine Apotheke in zwei übersichtlichen Regalen vor, „das ist alles, was wir vorrätig haben.“ Er weiß, dass in manchen Praxen die Medikamente palettenweise angeliefert werden. „Damit lässt sich Geld verdienen, weil die Pharmaunternehmen mit Staffelpreisen werben – die wollen viel umsetzen und für Tierärzte lohnt sich der Weiterverkauf umso mehr. Aber so will ich nicht

arbeiten.“ Eismann setzt auf Vorsorge und Eingriffe in die Haltungsbedingungen – und muss deswegen immer wieder mit Kunden diskutieren. Da er dort lebt, wo er arbeitet, ist er auch mit einigen Landwirten befreundet und spürt den Druck unter dem sie selbst stehen, wenn ihm einer sagt „Hendrik, Du musst damit aufhören immer mehr ändern zu wollen – ich schaff das nicht mehr“. „Ich tu, was ich kann, in dem Haltungssystem und den Bedingungen, wie sie sind“, kommentiert der Tierarzt trocken und macht immer wieder klar: seine Vorstellung von einer artgerechten und gesunderhaltenden Tierhaltung sieht anders aus als das gängige konventionelle System zur Schweinehaltung. Aber wie könnte ein Wandel aussehen, der für die Betriebe wirtschaftlich tragbar ist? „Der Handel wird von sich aus nie genug auf den Preis draufschlagen, damit die Landwirte für ein neues Konzept umbauen und auch Abschläge verkraften, wenn mal nicht alles optimal läuft“, ist Eismann überzeugt. Seiner Meinung nach können nur politische Vorgaben eine grundsätzliche Veränderung herbeiführen, weil sie für verlässliche, gleiche Rahmenbedingungen für alle Tierhalter und somit auch für Verarbeitung, Handel und Tierärzte sorgen.

Tiere brauchen Zeit

Denn die betrieblichen Bedingungen sind denkbar unterschiedlich: Der mästende Lohnunternehmer hat vor einigen Jahren einen neuen Stall gebaut, nutzt aber auch noch Altgebäude und winklige Ecken. Ebermast? „Ne, da lass ich die Finger von, wenn es nicht sein muss, denn die muss man auch trennen können, wenn es in der Gruppe nicht klappt. Den Platz habe ich nicht.“ Hendrik Eismann nickt, er sähe die anspruchsvollere Ebermast auf diesem Betrieb kritisch, denn die Tiere laufen eher nebenher. Das Hauptinteresse liegt bei den Maschinen und den Kunden. Immerhin wird das Platzangebot für die Tiere in der Endmast angepasst, da der Bauer Einzeltiere zur Schlachtung auswählt und so die Gruppengrößen verkleinert. Die Ferkelaufzucht im Doppelstockstall des zweiten Betriebes erfordert mehr Augenmerk. „An diesem Lebensabschnitt verdienen auch die Tierärzte ihr Geld: Impfungen, Behandlungen – nach dem Absetzen sind die Tiere empfindlich“, erklärt Eismann. Da der Landwirt jedoch mehr Energiewirt ist und nicht genug Zeit für die Ferkel aufbringen kann, hat er sich in Absprache mit dem Tierarzt entschlossen, nur noch die Mast weiter zu betreiben und den Pachtstall für die Ferkelaufzucht aufzugeben.

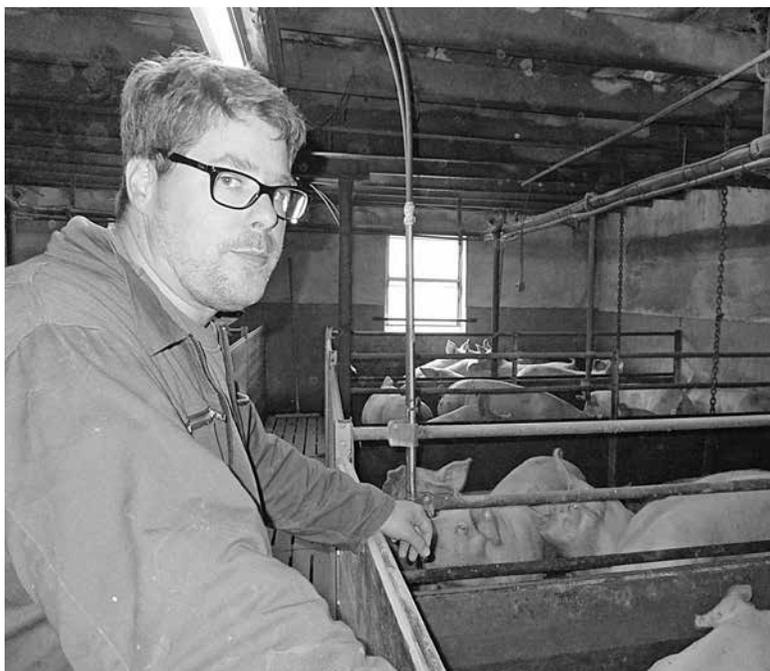
Im dritten Betrieb mit geschlossenem System begleitet uns die Bäuerin mit den Wor-

ten „vielleicht kann ich ja noch etwas lernen“ durch den Abferkelbereich der Sauen in Kastenständen. Schnell wird klar, dass sie die Tiere gut im Blick hat, sich Aufzeichnungen und Notizen macht zu Leistungen und Auffälligkeiten.

Eigene Wege denken

Vor kurzem haben sie und ihr Mann begonnen selbst Sauen nachzuziehen, da durch Zukaufstiere immer wieder Infektionen in den Bestand einschlichen. Augenmerk bei der Zucht? „Lebend geborene und abgesetzte Ferkel – ich will nicht immer mehr Ferkel; die Sau soll die auch großziehen können“, erklärt die Bäuerin. Bei den Absetzergruppen gibt es gerade ein Problem mit Ohrtrandnekrosen. Unter einer ganzen Reihe von Abhilfemaßnahmen hat Hendrik Eismann auch mehr Beschäftigung für die Tiere eingefordert. Daraufhin haben die Frauen der Familie verschiedene ausprobiert und unter anderem ein Stück durchlöcherter Plastikrohr an den Enden verschlossen und mit Heu gefüllt: „Die Männer haben gelacht und sich beschwert, dass die Spalten verstopfen. Aber die Schweine haben das ausgiebig genutzt“. Eismann hat aus tiergesundheitlicher Sicht nur Bedenken, wenn das Spielzeug frei durch Box und Kotecke geschoben werden kann oder Metallteile abbrechen. Andererseits freut sich der Tierarzt aber über den besonderen Einsatz der Betriebsleiter: „Die geben sich Mühe, denken mit und wollen gemeinsam mit mir überlegen, was wir für die Tiere tun können“. Im Stallbereich für kranke Tiere besteht die Liegefläche aus einer Strohmattmatratze – eine bunt zusammengewürfelte Tiergruppe kommt hier ohne Beißerei miteinander klar. Der neue Maststall, der gerade direkt hinter der Wand gebaut wird, um mehr eigene Ferkel aufziehen zu können, wird jedoch aussehen wie gewohnt: mit Vollspalten und Güllekeller, sodass Stroh als Einstreu und Beschäftigungsmaterial nicht zur Funktionalität passen. Diskussionen über Haltungssysteme und Probleme sind heikel, eben weil es für die Tierärzte immer auch um wirtschaftliche Beziehungen zu Kunden geht. Es ist ein Spagat, dem Hendrik Eismann aber nicht ausweichen will. Er sucht das Gespräch, macht Verbesserungsvorschläge, ist unbequem. Immer wieder, so wie es die Kunden aushalten. So tun als wäre alles in Ordnung mit der Tierhaltung, um das Dilemma der eigenen Rolle dabei nicht wahrhaben und ansprechen zu müssen, das will er nicht. Umso mehr freut er sich, wenn Bauern und Bäuerinnen, zu denen er kommt, mit ihm zusammen arbeiten wollen und auch andere Wege und Möglichkeiten als die derzeit gängigen in Betracht ziehen.

cw



Tierarzt Eismann mit kritischem Blick

Foto: Weißenberg

Die Geister, die die STV rief...

Auch ein Landesamt steigt in die Verfolgung von Konsumgetreideaussäern ein

Es gehe nicht darum, die Bauern und Bäuerinnen finanziell zu belangen, deren Schaden sei meist schon groß genug gewesen, sagt Philipp Roth vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) in Nordrhein-Westfalen. Es gehe darum, Landhändler zu verfolgen, die aus einer Notlage der Landwirte „skrupellos Kapital geschlagen“ hätten. Ob dieser Tenor auch so vor Gericht Bestand hat, bleibt abzuwarten. Die Geschichte fängt einmal mehr im Frühjahr 2012 an, der kalte Winter hatte dafür gesorgt, dass vielerorts die Getreidebestände abgefroren waren. Als mit dem Beginn der Vegetationsperiode das Ausmaß sichtbar wird, beginnt der Run auf Sommerungen bzw. auf Saatgut. Die Pflanzzüchter sind nicht in der Lage ausreichend Material an die Landhändler weiterzugeben. Die Bauern und Bäuerinnen säen aus was sie kriegen können, eigenen Nachbau, auch Futterpartien, Mischungen, die sie gekauft haben. Das ist den Pflanzzüchtern ein Dorn im Auge, sie sehen hier viele tausend Euro Lizenzgebühren verloren gehen und bemänteln diese Sorge mit der Entrüstung über den verbotenen Schwarzhandel mit nicht lizenziertem Saatgut. Gönnerhaft handeln sie mit dem deutschen Bauernverband einen Deal aus, durch den Bauern und Bäuerinnen sowie die Saatguthändler von gerichtlicher Verfolgung freigestellt werden sollen, wenn sie Angaben zu ihrem illegalen Saatgutkauf bzw. -verkauf machen, und nachträglich noch Lizenzgebühren als Schadensersatz zahlen. Dabei schwang natürlich die Idee mit, über die Angabe Einzelner auch die Bauern und Händler in die Hände gespielt zu bekommen, die keine Angaben machten. Die Abwicklung übernahm die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV). Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) warnte davor, sich an diesem Deal zu beteiligen, auch weil ihre Einschätzung dazu war und ist, dass er rechtlich nicht sicher sei und forderte stattdessen Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) auf, durch eine gesetzliche Regelung eine temporäre Ausnahme von den Vorgaben des Saatgutverkehrsgesetzes zu schaffen. Staatssekretär Peter Bleser (CDU) antwortete, man sehe keinen Handlungsbedarf.

Zu offen

Ein Jahr später begann die STV diejenigen gerichtlich zu verfolgen, die sich nicht gemeldet hatten, aber durch die Denunziation anderer aufgefliegen waren. Landhändler wurden auf unlauteren Wettbewerb wegen des Verkaufs nicht zertifizierten Saatguts verklagt wie auch auf Sortenschutzverletzung. Die Verfahren

laufen noch. Nach Hinweisen durch die STV schaltete sich darüber hinaus in NRW das LANUV ein und verhängte ein Bußgeld in einer Höhe, die dem zusätzlichen Gewinn entsprechen soll, den die Landhändler gemacht haben sollen, indem sie Futtergetreide als Saat verkauft haben. Darüber hinaus forderte das LANUV nun auch von der STV alle Daten ein, die sie von denjenigen erhalten haben, die bei dem Deal zwischen Bauernverband und Züchtern mitgemacht haben. Die STV tat zerknirscht, sah keine Handhabe, sich dem zu widersetzen und gab die Daten weiter. Das LANUV verhängt nun auch Bußgelder an Landhändler, die meinten, sich durch die bereits geleisteten Lizenzzahlungen im verhandelten Deal auch aus dem Saatgut-

verkehrsgesetz freigekauft zu haben. „Das hat sich auch so gelesen“, sagt Phillip Roth vom LANUV, und so zum Missverständnis geführt. Das man dem Sortenschutzinhaber über ein privatrechtliches Abkommen zu seiner Lizenzgebühr verhelfen kann, dagegen spricht aus Roths Sicht nichts, das illegale In-Verkehr-bringen nach dem Saatgutverkehrsgesetz lässt sich damit allerdings nicht überwinden. Auch auf Höfen hat es nun schon Kontrollen gegeben, ob die Bauern und Bäuerinnen wirklich zumindest vom LANUV ungeschoren davonkommen, ist fraglich. Am Ende ärgert sich sicher mancher über seine an den Tag gelegte Offenheit im Umgang mit der STV. cs



Wird hier Saatgut oder Konsumgetreide nachgesät?

Foto: Amazone

Illegaler GV-Weizen in den USA

Auf einer Farm in Oregon wurde Ende April ein Roundup-Ready resistenter gentechnisch veränderter Weizen gefunden, der weltweit keine Zulassung hat. Es handelt sich um eine Sorte die in den Jahren 1998 bis 2004 zu Versuchszwecken in mehreren US-Bundesstaaten freigesetzt wurde. 2004 wurde das Projekt beendet und Monsanto sicherte oder zerstörte nach eigenen Angaben die Restbestände. Wie der GV-Weizen auf die Felder nach Oregon kam ist unklar. In der Nähe der Fundstelle soll es keinen Versuchsanbau gegeben haben. Bisher war Monsanto mit seinem Ansinnen, GV-Weizen in Amerika anzubauen, jeweils am Widerstand der Weizenerzeuger gescheitert, weil sie große Exporteinbußen befürchteten. Die USA ist der weltgrößte Exporteur – 90% seiner Ernte. Umgehend haben Japan und Südkorea Importe aus den USA gestoppt. Die EU-Kommission hat angeordnet, verstärkt Weizen zu untersuchen. Weil daraufhin die Weizenpreise an der Börse fielen, hat ein Farmer aus Kansas Monsanto auf eine Entschädigung von 75.000 Euro verklagt. Der Agrarkonzern habe grob fahrlässig gehandelt, weil er den GV-Weizen entwickelt und freigesetzt habe, so dessen Argumentation. Die Rechtsanwälte erwarten, dass sich noch weitere Farmer der Klage anschließen. av



Saatgut-Vielfalt erhalten!

Eine Koalition von über 20 Organisationen für Saatgut-Vielfalt aus mehr als 12 Staaten der EU hat eine gemeinsame Stellungnahme zu der geplanten Novelle des Saatgutrechts in der EU abgegeben. Man brauche keine derart restriktive und bürokratische Gesetzgebung um qualitativvolles und gesundes Saatgut zu erzeugen, auch die Saatgutindustrie nicht!, so der Tenor des Papiers. Der Gesetzesvorschlag fördere die ohnehin besorgniserregende Konzentration im Saatgutmarkt. Auch der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) tritt ein für „Vielfalt als Maß der Dinge bei der Novellierung des EU-Saatgutrechts“, so heißt es in der, zu einer Brüsseler Anhörung zum Thema, veröffentlichten Presseerklärung. Der BÖLW-Vorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein rief das Europäische Parlament auf, die Vorschläge dahingehend abzuändern, dass sicher gestellt sei, dass die Landwirtschaft weiterhin aus einem breiten Pool an Sorten und Arten mit sehr unterschiedlichen Eigenschaften schöpfen könne. cs

Umweltwirkung und Betriebsgröße

Die zunehmende Intensivierung und das Betriebswachstum haben negative Auswirkungen auf die Umwelt

Wie in der Maiausgabe (*Unabhängige Bauernstimme*, S. 14) bereits anhand von Agrarstrukturdaten dargelegt, besteht ein Zusammenhang zwischen Agrarstruktur, sprich Betriebsgröße, und den von dem Betrieb ausgehenden Umweltwirkungen. Ein Blick in aktuelle Studien zum Thema bestätigt diesen Zusammenhang.

In der Schweiz

Eine Wissenschaftlergruppe in der Schweiz untersucht den Zusammenhang zwischen Betriebswachstum und der Teilnahme an Agrarumweltschutzmaßnahmen am Beispiel von Grünlandextensivierungsprogrammen. Die Ergebnisse zeigen, dass schrumpfende Betriebe ihre Grünlandnutzung tendenziell extensivieren, wohingegen wachsende Betriebe sie intensivieren. Dieser Trend hat für Regionen, die einem starken Strukturwandel, also einer Intensivierung, unterworfen sind, einige Bedeutung: Es ist zu erwarten, dass die Nachfrage nach Agrarumweltprogrammen abnehmen wird. Die Konsequenz ist, dass man entweder einen geringeren Anteil extensiv genutzten Landes akzeptieren oder den Landwirten höhere Anreize für eine extensive Bewirtschaftung bieten muss.

Eine dritte Möglichkeit wäre es, den Strukturwandel mittels politischer Maßnahmen zu verlangsamen.

Im Norden

das gleiche Phänomen untersuchten Wissenschaftler in Dänemark anhand von unbewirtschafteten Landschaftselementen (wie Hecken, Moore oder (Feucht-)Biotop) und Schlaggrößen in Dänemark. Unabhängig von naturräumlichen Bedingungen, wie Bodentyp und Hangneigung, zeigt sich, dass kleine Betriebe deutlich kleinere Flächen mit einem höheren Anteil an unbewirtschafteten Landschaftselementen bewirtschaften. Der Autor stellt folgende Theorie auf: Betriebe unter 25 Hektar werden zumeist als Hobby- oder Nebenerwerbslandwirtschaft betrieben. Die Entscheidungskriterien sind oftmals andere als die von Haupterwerbslandwirten. Diese sind meist gezwungen, die landwirtschaftliche Erzeugung zu rationalisieren und zu intensivieren, um ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die aufwändigere Bewirtschaftung von kleinen Schlägen oder gar eine extensive Grünlandbewirtschaftung steht dem entgegen.

Italienische Alpen

Den Einfluss von Betriebsgröße sowie

Hangneigung auf die Pflanzen- und Insektenvielfalt auf Mahdwiesen in den italienischen Alpen untersuchte eine italienische Gruppe von Wissenschaftlern. Die Ergebnisse zeigen, dass die Artenvielfalt mit zunehmender Bewirtschaftungsintensität abnimmt. Diese wiederum hängt hauptsächlich von der Betriebsgröße und der Topographie ab. Große Betriebe produzieren größere Mengen Wirtschaftsdünger, welcher wiederum eine gesteigerte Bodenfruchtbarkeit mit einhergehendem Verlust der Artenvielfalt zur Folge hat. Darüber hinaus bewirtschaften große Betriebe weniger steile Flächen. Die Folge ist die Aufgabe der Bewirtschaftung artreicher Steilhänge.

Gegensteuern

Die Autoren empfehlen, durch gezielte Erhaltungsprogramme dem Trend entgegenzuwirken, dass zunehmend kleine, traditionell wirtschaftende Betriebe durch große Intensivbetriebe ersetzt werden. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass kleine Betriebe eine deutlich bessere Umweltwirkung haben als große. Die Berücksichtigung von Umweltschutzaspekten führt zu einer arbeitsintensiveren Bewirtschaftung, die unter den derzeitigen Bedingungen nicht ausreichend entlohnt wird. Die Autoren fordern deshalb, durch entsprechende (politische) Maßnahmen den zusätzlichen Arbeitsaufwand zu entlohnen bzw. traditionell wirtschaftende (kleinere) Betriebe gezielt zu unterstützen.

Pestizideinsatz

Die Ergebnisse zweier weiterer Studien zeigen die negativen Auswirkungen von Pestiziden auf die Artenvielfalt und lassen den mit steigender Betriebsgröße zunehmenden Verbrauch in einem kritischen Licht erscheinen.

In einer breit angelegten Studie in acht europäischen Ländern untersuchen Geiger et al.⁽⁴⁾ verschiedene Faktoren der landwirtschaftlichen Intensivierung (wie z. B. Ertragshöhe, Feldgröße, Ausbringungshäufigkeit und -menge von Pestiziden, Bewirtschaftung ökologisch oder konventionell) auf ihren Einfluss auf die Biodiversität. Als Maßstab wurde die Vielfalt der Ackerwildkräuter, Laufkäfer sowie bodenbrütender Vogelarten gewählt. Durchgehend negative Effekte finden die Wissenschaftler hauptsächlich für Fungizide und In-

sektizide. Organische Bewirtschaftung und andere Formen von ökologischem Ausgleich sowie eine erhöhte Komplexität der Landschaft, durch z. B. Hecken, erhöhen die Pflanzen- und Laufkäferdiversität, jedoch nicht die der Brutvögel. Die Ursache wird darin gesehen, dass die Schutzgebiete zu kleinräumig sind. Die Wissenschaftler fordern eine europaweite Veränderung der Landwirtschaft, hin zu einer großflächigen Bewirtschaftung mit minimalem Pestizideinsatz. Ein Team Schweizer Wissenschaftler⁽⁵⁾ untersucht die Auswirkung von sieben gängigen Pestiziden auf das Jugendstadium des Europäischen Grasfroschs. Die Autoren sehen dringenden Forschungsbedarf, da besonders hinsichtlich der so genannten terrestrischen Lebensstadien von Amphibien, wenn sie beispielsweise zu ihren Laichgewässern wandern, kaum Wissen über die Auswirkungen von Pestiziden vorliegt. Bei den Zulassungsverfahren von Pestiziden wird deren Auswirkung auf Amphibien kaum berücksichtigt. Auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sieht Forschungsbedarf. In ihrem Versuch besprühen die Forscher die Frösche mit den Pestiziden. Bei einer Dosierung nach Herstellerangaben liegt die Sterblichkeit zwischen 100 % nach einer Stunde und 40 % nach sieben Tagen. Auch bei einer geringen Dosierung von 10 % liegt die Sterblichkeit für drei Produkte nach sieben Tagen bei 40 %. Die Forscher gehen davon aus, dass die Auswirkungen der Pestizide auf Amphibien bisher unterschätzt werden und vermutlich eine maßgebliche Ursache für deren weltweiten Rückgang darstellen. Kritiker der Studie merken an, dass die Versuchsbedingungen nicht den Feldbedingungen entsprechen, da die Tiere direkt besprüht werden und nicht, wie im Feld, zumindest teilweise durch Vegetation geschützt sind. Dieser Kritik steht jedoch die extrem hohe Sterblichkeit, auch bei niedriger Dosierung, entgegen.

Anneke Jostes,
freiberufliche Mitarbeiterin

Prof. Onno Poppinga,
ehemals Fachbereich regionale
Agrarpolitik und Landnutzung der
Universität Kassel



Besser kein Frosch sein, wenn die Pestizide kommen

Foto: jenafoto24 /pixello

weitere Informationen:
www.kassler-institut.org

In uns und um uns und um uns herum

Von der Allgegenwärtigkeit des Glyphosats

Glyphosat ist überall – die konventionelle Landwirtschaft kann offenbar kaum noch ohne den Totalherbizidwirkstoff. Auf 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland wird er ausgebracht. In Oberflächengewässern wurde er schon vor längerer Zeit gefunden, in menschlichem und tierischem Urin auf einem von Botulismus betroffenen Bauernhof, in diversen Backwaren und nun - in einer vom BUND initiierten Studie - auch im Urin von Stadtbewohnern in 18 europäischen Ländern. Dass Glyphosat überall ist, bestreitet auch die Agrarchemielobby längst nicht mehr, das sei aber auch alles kein Problem, veröffentlichte sie nun mit Rückendeckung des Bundesinstitutes für Risikoforschung und der Agrar-Expertin der FDP-Bundestagsfraktion, Christel Happach-Kasan. Die im Urin gefundenen Werte lägen weit unterhalb des gesundheitlich bedenklichen Bereichs und dass sie gefunden wurden, zeige doch auch nur, dass sich Glyphosat glücklicherweise nicht im Körper anreichere, sondern ausgeschieden werde. Dass es eigentlich gar nichts im Körper verloren hat, war bislang weder für die Industrie noch für die Politik Grund genug, umfassender zu forschen. Entsprechend fordert der BUND als Konsequenz seiner Untersuchungen in einem Brief an

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) ein Monitoring, das beispielsweise auch die schleichende Kontamination des Menschen in Augenschein nehmen soll.

Vorernte verbieten

In der Vergangenheit immer wieder publizierte kritische Studien zu Glyphosat wurden von offiziellen Stellen häufig als unseriös abgekanzelt, eigene Untersuchungen attestieren immer wieder Harmlosigkeit. Dabei kann man durchaus mannigfaltige Kritik an dem Pestizidwirkstoff üben, auch jenseits des Feldes der menschlichen Gesundheit. Selbst die, in der Richtung über jeden ideologischen Zweifel erhabene, deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) fordert in einem Plädoyer für „Mehr guten Ackerbau bitte!“ in ihren DLG-Mitteilungen eine Auseinandersetzung darüber, „ob nicht schon jetzt auch bei uns zu häufig zum Glyphosat gegriffen wird.“ Es sei billig und einfach und bei Verzicht sei „wieder mehr der gute Ackerbauer gefragt.“ Offen wird thematisiert, dass Glyphosat all zu oft inzwischen hauptsächlich aus arbeitswirtschaftlichen und Kostengründen eingesetzt und eben nicht mehr auf die Bekämpfung von Problemunkräutern und den Erosionsschutz reduziert werde. Daraus erwachsen neue Schwie-

rigkeiten: zum Teil Wurzelschädigungen bei langjährigem Einsatz in Direktsaatverfahren, die Begünstigung der Verbreitung bestimmter Krankheiten und Schädlinge und nicht zu vergessen, die mangelnde Akzeptanz der - auch für landwirtschaftliche Laien immer offensichtlicher, da immer häufiger werdenden - totgespritzten Flächen. Aus Sicht der AbL muss noch die Kritik hinzugefügt werden, dass Glyphosat ein elementarer Bestandteil der

bislang vorhandenen Gentechnik-Anbausysteme ist, und damit ihr Wegbereiter. Gleichzeitig verschärft Glyphosat die Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen von den Agrarchemie-Konzernen. Mindestens der Einsatz vor der Ernte sollte aus Gründen der Rückstandsminimierung, aber auch aus Gründen der gesellschaftlichen Akzeptanz, so die Forderung der AbL an Ministerin Aigner, verboten werden. *cs*



Totgespritzte Felder gehören inzwischen zum Landschaftsbild

Foto: Monsanto

„Wir haben verstanden“ - und machen trotzdem weiter

Monsanto setzt weiterhin auf Gentechnik, Pestizide und Patente

Gentech-Lobbyisten verlassen Europa“, so titelte die Tageszeitung Anfang Juni. Ursula Lüttmer-Ouazane von Monsanto Deutschland erklärte: „Es ist kontraproduktiv gegen Windmühlen zu kämpfen“. In ihrer Stellungnahme heißt es: „Wir haben verstanden und akzeptieren, dass Saatgut mit gentechnisch verbesserten Merkmalen derzeit keine breite Akzeptanz in Landwirtschaft und Öffentlichkeit in Deutschland und Europa findet.“ Bedauern äußert die Agrarsprecherin der FDP, Christel Happach-Kasan, sie sprach von einem „Verlust für Deutschland“. Weiteres Wissen und Arbeitsplätze würden verloren gehen, nachdem in den vergangenen Jahren auch die Konzerne BASF und Bayer Crop Science ihre GVO-Forschungsstandorte aus Deutschland nach Amerika verlagert hatten. Hat also die Bewegung gewonnen und es herrscht Ruhe auf dem Acker? Zieht sich der Widerstand zu-

rück und widmet sich anderen Themen, wie es ein Aktivist postulierte? Bernd Schmitz, Bauer in NRW und im AbL-Vorstand urteilt differenziert: „Das ist ein weiterer Meilenstein für die gentechnikfreie Bewegung. Die klare Linie der Bauern und gesunder Menschenverstand haben Monsanto eine deutliche Absage erteilt.“ Aber: noch lande ein Großteil der weltweit angebauten GV-Pflanzen in den Futtertrögen, so Schmitz, also gebe es noch viel zu tun.

Mega-Konzern

Natürlich geben weder Monsanto noch andere Gentechnik-Konzerne auf. Viel zu interessant ist der globale Saatgutmarkt mit gut 34 Milliarden US-Dollar (2011). Monsanto hat sich durch unzählige Übernahmen zum weltweit größten Saatgut-Unternehmen entwickelt und hält inzwischen einen Anteil von 27% am weltweiten Saatgutmarkt (mit und ohne GVO). Beim Gentechnik-

Saatgut beherrscht Monsanto 90 % des Marktes. Monsanto ist Vorreiter bei Mais, Soja, Baumwolle und Gemüse-Saatgut. Der Konzernumsatz beträgt 13,5 Mrd \$ - 1,7 Mrd davon werden in Europa und Afrika verdient.

Niemals aufgeben

In Europa, wo nur auf 0,1 % der Fläche GV-Pflanzen angebaut werden, will sich Monsanto nach eigenen Angaben erst mal auf die Züchtung und den Verkauf von konventionellem Saatgut und Pestizide konzentrieren. Ausgenommen werden sollen Länder wie Spanien oder Portugal, wo es eine breite Unterstützung auf landwirtschaftlicher und politischer Ebene für die Technik gebe, so die Konzernmitteilung. Trotzdem: Laut BUND warten 11 Monsanto Gentechnik-Pflanzen auf eine Anbauzulassung auf europäischen Äckern und 47 auf eine Importzulassung als Lebens- oder Futtermittel. Bei der aktuellen Abstimmung über den

Monsanto-Mais „Smart Stax“ hat sich die Bundesregierung – wie bereits bei früheren Abstimmungen - enthalten. Soviel zur angeblichen Ablehnung von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner gegenüber der Gentechnik. Im Zuge des geplanten Freihandelsabkommens USA/EU wird sich die US-Regierung für die Belange der Konzerne einsetzen. Auf den Punkt gebracht hat es der US-Agrarbotschafter Paul Spencer. Seiner Meinung nach würden „die EU-Überregulierungen bei gentechnisch verbesserten Produkten die Anbieter und Verbraucher drängsalieren“. Die USA wird darauf drängen, die Kennzeichnungsregelungen für GV-Pflanzen in Europa auszuhebeln. Sie will Vereinfachungen und Beschleunigungen bei der Zulassung. Weiteres Anliegen wird sein, die Nulltoleranz für nicht zugelassene GVO's bei Lebensmitteln zu kippen und Schwellenwerte bei Saatgut einzuführen. Die Bewegung ist also weiter gefragt. *av*



e Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

AbL im Allgäu

In den letzten vier Jahren seit der Gründung hat sich die Regionalgruppe zu einer erfolgreichen AbL Gruppe entwickelt. Wir sind im Allgäu fest im Bereich Landwirtschaft vertreten und sind die begehrtesten Dialogpartner, weil wir kleinbäuerlich regional sind und unseren Mitgliedern Innovationen und Impulse im Blut liegen. Wir sind im Landtag zu Fachgesprächen ebenso wie am Grünen Tisch bei so manchem Bundespolitiker. Wir versuchen im Netzwerk mit regionalen Vereinen Projekte und Ideen umzusetzen, dies reicht von der Gentechnikfreien Zone bis zum Kinoabend mit La Via Campesina. Gerade dieses Jahr, durch die Doppelwahl in Bayern, haben wir mehrere Diskussionsabende, Podien, Vororttermine und Demos begleitet, was zwar sehr anstrengend aber auch belebend war. Wer Interesse hat, mitzugestalten oder einfach mehr wissen möchte, wir sind „Vor Ort im Allgäu“ *Michael Finger*

Politik für unsere Zukunft

Tagung der jungen AbL zu Subventionen, Eigeninitiative und Förderung

Junge Menschen aus ganz Deutschland sind am ersten Juniwochenende zur Tagung der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) auf dem Hof Oellermann bei Cuxhaven zusammengekommen: von Oberbayern bis Flensburg, Studenten und Auszubildende, vom Hof oder mit Traum vom Hof. In den folgenden Tagen sollte es darum gehen, uns die Möglichkeit eines Lebens in der Landwirtschaft zu erhalten. Das heißt nicht nur, zukünftig vielfältige, nachhaltige Bauernhöfe zu bewirtschaften, sondern auch, sich in die Politik einzubringen und für die Belange der Landwirtschaft zu sensibilisieren. Zwei Tage lang haben wir uns Gedanken über die anstehende Reform der gemeinsamen EU Agrarpolitik gemacht, Forderungen an die Politik formuliert, einander und „die Anderen“ - ebenfalls Aktive in der Agrarpolitik - besser kennen gelernt.

Subventionskritik

Den Auftakt bildete eine Diskussion zum Thema „Kann Politik Landwirtschaft gestalten - Wie wirken Subventionen auf die bäuerliche Landwirtschaft?“, zu der sich auch einige Bauern und Bäuerinnen aus der Region gesellten. Sebastian Lakner, Agrarökonom an der Uni Göttingen, fasste anschaulich die Herausforderungen an die Politik zusammen. Es ginge um Maßnahmen im Umweltbereich, die Ausgestaltung tierfreundlicher Haltungssysteme, die Vermeidung sozialer Härten durch das Schrumpfen des landwirtschaftlichen Sektors und das nötige Feingefühl bei der Gratwanderung zwischen der Erhaltung betrieblicher Möglichkeiten und einer ausreichenden Qualitätssicherung durch Kontrollen. In den internationalen Kontext stellte Berit Thomsen (AbL) die Agrarpolitik und stellte die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirt-

schaft (AbL) dar: eine stärkere Qualifizierung des Handels, eine Bedarfsorientierung der Produktion mit kostendeckenden Preisen und eine Umverteilung der Direktzahlungen hin zu bäuerlichen Betrieben unter Berücksichtigung der Arbeitskraft. In der Diskussionsrunde wurde eine Abschaffung der Direktzahlungen gefordert. Heino Klintworth vom Landvolk Niedersachsen stand solchen Reformideen kritisch gegenüber. Die Gelder kämen ganz erheblich der Entlohnung in strukturschwachen Regionen und der Investitionen in den ländlichen Raum zugute, seien also positiv zu bewerten. Als Schwierigkeiten der Subventionen machten die Tagungsteilnehmer allerdings die direkte Weitergabe an die Verpächter in Form hoher Pachtpreise, die mangelnde Möglichkeit, sie als Zahlungen für gesellschaftliche Leistungen zu rechtfertigen und die in vielen Fällen unzureichende oder ineffiziente Mittelverteilung aus. Darüber hinaus gestalte sich der Zugang zu Land durch derzeitige Vergabepraktiken und den steigenden Preisdruck schwierig. Gleichzeitig werden ständig landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben. Die Aufforderung an die Teilnehmer, ein Bild der Betriebe, Arbeitsplätze und Landwirtschaft zu skizzieren, die wir uns für die Zukunft wünschen, ebnete den Weg in die Gespräche des folgenden Tages.

Initiative ergreifen

Der Höhepunkt der diesjährigen Tagung war das Gespräch zur Förderung angehender Bäuerinnen und Bauern. Hier stießen Eric Brenneke, Vorsitzender der Junglandwirte Niedersachsen, Meinke Ostermann von der Landjugend Niedersachsen, Justus Staude von der Stopp-Landgrabbing-Gruppe und dem Bündnis junge Landwirtschaft sowie Kerstin Maaß vom jungen Bioland zu uns. Wir stellten schnell



Auch Zeit für Pausen

fest, dass die einzigen konkreten Forderungen in diesem Zusammenhang von der jAbL gemeinsam mit der Stopp-Landgrabbing-Gruppe formuliert werden. Das vorläufige Positionspapier lag den Teilnehmern vor. Darin wird vor allem auf die Punkte Investitionsförderung, Beratung zur Hofübergabe und Neugründung sowie auf den Zugang zu Land eingegangen. Dabei kristallisierten sich Unterschiede in der Wahrnehmung heraus: So ist die Möglichkeit einer außerfamiliären Hofnachfolge bisher bei den meisten Jugendorganisationen der etablierten Interessensvertretungen kaum ein Thema. Nur von der jAbL und der Stopp Landgrabbing Gruppe wird es als wichtiger Weg zur Verjüngung der Landwirtschaft thematisiert. Gemein war allen Gruppen der Wunsch nach aktiven ländlichen Räumen, in denen es vielen Menschen möglich ist, nach ihren Vorstellungen zu leben und zu arbeiten. Intern wurde am Sonntag in der jAbL angeregt über die Struktur der Gruppe und weiteres Vorgehen diskutiert. Den Abschluss fand die Tagung bei einer Besichtigung des Hofes Woltmann in Bülkau. Der innovative Bioland Milchviehbetrieb führte uns nach einem eher theoretischen Wochenende wieder zurück zur Praxis, motivierte und begeisterte uns. Wir gehen etwas müde, aber voller neuer Impulse auseinander. Wir sind wieder einmal angeregt worden, uns bewusst mit den Bedingungen auseinanderzusetzen, die uns die Politik und die Gesellschaft bieten. Wichtig dabei: auch im kritischen Austausch über Ideen, Ziele und Änderungsmöglichkeiten zu bleiben, aber den Spaß nicht zu vergessen. Selbst wenn das heißt, an einem eher kühlen Juniwochenende in die Elbfluten zu springen! Spaß gemacht hat's!

*Therese Wiskott,
junge AbL*



Politik in der Runde

Fotos: Wiskott

La Via Campesina in Jakarta

„Für das Land und die Souveränität der Völker! Solidarität und Kampf!“

Etwa 500 BäuerInnen aus 70 verschiedenen Ländern versammelten sich, um auf der 6. Konferenz das 20-jährige Jubiläum von La Via Campesina in Jakarta, Indonesien zu feiern und die neuen Leitlinien für die kommenden vier Jahre zu verfassen.

La Via Campesina ist eine weltweite Bewegung, die kleine und mittlere BäuerInnen, Frauen, Landlose, MigrantInnen und ArbeiterInnen zusammenbringt und sich für eine nachhaltige und kleinbäuerliche Landwirtschaft einsetzt. Inzwischen haben sich ihr über 150 Organisationen aus allen Kontinenten angeschlossen, die insgesamt etwa 200 Mio. BäuerInnen repräsentieren. In Deutschland ist La Via Campesina durch die AbL vertreten. An der Konferenz in Jakarta haben wir, Anna Kenner (jAbL) und Paula Gioia (Bündnis junge Landwirtschaft) zu zweit teilgenommen.

Ernährungssouveränität

Die achttägige Konferenz begann zunächst mit den Versammlungen der Frauen und der JungbäuerInnen, bevor am Sonntag mit einer großen Jubiläumsfeier die Hauptversammlung eröffnet wurde. Während die Frauen ihre Bedeutung als Mütter der Ernährungssouveränität betonten, verpflichteten sich die Jugendvertreter, das Konzept der Agrarökologie praktisch umzusetzen und damit in die Zukunft zu tragen. Wie auf der Konferenz wiederholt festgestellt wurde, gefährden die aktuelle Wirtschafts- und Klimakrise die Existenz von KleinbäuerInnen weltweit. Mit dem „Ruf aus Jakarta“, der am letzten Tag der Konferenz verabschiedet wurde, bekräftigt die Bewegung erneut die Bedeutung der kleinbäuerlichen, nachhaltigen Landwirt-

schaft für soziale Gerechtigkeit und verpflichtet sich, für deren Erhaltung weiterhin zu kämpfen und sich den multinationalen Konzernen und der Agroindustrie, die sie gefährden, entgegenzustellen.

Multikulturelles Treffen

Die Konferenz war ein wichtiges Forum für die Begegnung von Menschen und Organisationen aus den verschiedensten Lebenswirklichkeiten, die die große Vielfalt von La Via Campesina bilden. Doch trotz unterschiedlicher Sprachen und Kulturen, verdeutlichte der Austausch unter den Teilnehmern die Ähnlichkeit der Schwierigkeiten, denen BäuerInnen weltweit gegenüberstehen. Ganz besonders deutlich wurde dies bei Themen wie Saatgut und Zugang zu Land. Durch die Erfahrung von gemeinsamen Problemen und Zielen geht die Bewegung aus der Konferenz mit neuer Kraft und viel Schwung hervor.

Zum Abschluss wurde die Verantwortung für das Sekretariat der Bewegung von Südostasien an Zimbabwe und damit Afrika übergeben. Zudem wurde das Baskenland zum Gastgeber der nächsten Konferenz in vier Jahren bestimmt. Damit findet diese zum ersten Mal seit der Gründung vor 20 Jahren wieder in Europa statt. Eine große Chance für die KleinbäuerInnen Europas, sich stärker zu vernetzen und gegenseitig zu unterstützen, um La Via Campesina auf unserem Kontinent zu stärken!

Unter www.viacampesina.org finden Sie Fotos, Videos und vor allem die von der Konferenz verabschiedeten Dokumente.

Viva La Via Campesina!

Anna Kenner und Paula Gioia
jAbL und Bündnis junge Landwirtschaft.



Menschen aus 70 verschiedenen Ländern trafen sich in Indonesien

Foto: Via Campesina

Kein Hofnachfolger?

„Gibt es denn einen Hofnachfolger?“ Immer häufiger bekomme ich diese Frage zu hören. Unter uns gesagt: Ich kann sie nicht mehr hören. Ich bin jetzt über fünfzig, und scheinbar wundern sich manche Kollegen, dass ich immer noch Spaß daran habe, den Betrieb weiterzuentwickeln, obwohl ich nicht weiß, wer ihn mal weiterführt.

Die Antwort ist: Ich weiß nicht, ob ich einen Hofnachfolger habe. Ich kann es hoffen und mir wünschen, das ist alles. Immerhin war

ich selber 25 Jahre alt, als ich gemeinsam mit meiner Partnerin den Entschluss fasste, mich fürs Leben an einen Hof zu binden.

Carl, unser Dritter, ist zwanzig, und er hat eindeutig Spaß an der Landwirtschaft. Als er klein war, wollte er Schlosser oder Baggerfahrer werden. Er liebt Maschinen. Jetzt will er Ingenieur werden.

„Agraringenieur?“ fragen

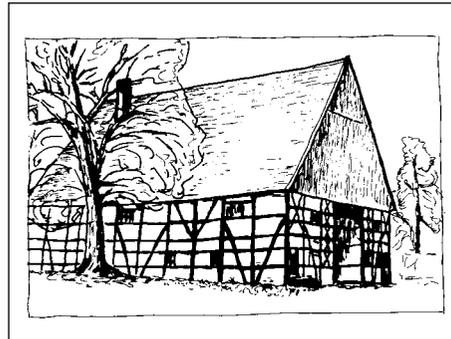
die Leute. „Maschinenbau“ antworte ich. Seine beiden älteren Brüder studieren Physik und Informatik; seine Schwester geht noch zur Schule.

In den letzten drei Jahren hat Carl unseren ganzen Acker bestellt, vom Pflügen bis zur Saat, nach der Schule und am Wochenende. Achtzig Hektar. Nach dem Abitur ist er für acht Monate nach Australien gegangen. Work and Travel. Er brach erst im November auf, als der letzte Hektar Weizen gesät war. In Australien ackerte und säte er weiter. Auf seiner Facebook-Seite gibt es ein Foto, das Carl auf einem riesigen Raupenschlepper zeigt. Mein jüngster Sohn hat Spaß an Maschinen, und es macht Spaß, mit ihm Maschinen zu warten oder über die Agritechnica zu gehen. Die letzten beiden Maschinen, eine Drillmaschine und einen Mulcher, habe ich mit ihm gemeinsam ausgesucht. „Und der will kein Bauer werden?“ fragen die Leute.

Carl will kein Bauer werden, und ich kann ihn gut verstehen. Mit zwanzig steht einem die Welt offen, man hat alle Möglichkeiten, in der Industrie, als Selbständiger. In der Stadt! Warum sollte man sich an einen Hof und damit an ein Dorf binden? In unserem Dorf gibt es jede Menge Jugendliche, die gerne Bauer werden würden. Sie sind bei den Jungschützen, in der Feuerwehr oder in der Musikkapelle. Sie organisieren das Osterfeuer. Die Kiste Bier gehört immer dazu. Carl trinkt kein Bier. Er isst auch kein Fleisch. Er wurde schon oft gefragt, ob er beim Osterfeuer mitmachen würde, als Fahrer. Carl lehnte ab. Der Bandenkrieg zwischen Oberdorf-Jugend und Unterdorf-Jugend ist nicht sein Ding. Zechgelage auch nicht. Er tobt sich lieber an seinem Schlagzeug aus, oder am Computer. Viele seiner Freunde wohnen in der Stadt. Sie interessieren sich nicht sonderlich für Landwirtschaft. Einige von ihnen studieren Maschinenbau oder andere technische Fächer. Das möchte Carl nun auch, Ingenieur werden. „Du meinst, Agraringenieur?“ fragen die Leute.

Jetzt kommt Carl zurück von seiner Weltreise. Pünktlich zum Antritt seines Maschinenbaupraktikums. Eigentlich wollte er lernen, wie Flugzeuge oder Autos gebaut werden, doch nun wird er Praktikant in einer Sämaschinen-Fabrik. In Westfalen. Vor ein paar Jahren haben Carl und ich uns dort die große Sämaschine angeguckt und kurz darauf gekauft. Pneumatisch, mit elektronischer Steuerung samt Bedienungscomputer. Es war Carls Entscheidung. Ich selber kann immer noch nicht besonders gut mit den Bedienungstasten umgehen. Im Frühjahr war ich kurz davor, Carl deswegen in Australien anzurufen. Gut, dass er bald zurückkommt. Welcome back!

Ein Bauer (52) erzählt...



... aus Westfalen

Zum Wert bäuerlicher Arbeit

Immer öfter werden Lebensmittel aus der konventionellen und biologischen Erzeugung auf Rückstände und Geschmack getestet. Dabei werden oft keine Unterschiede festgestellt und die Mittel zum Leben aus der biologischen Erzeugung sind nicht automatisch die gesündesten. Ich denke oft, dass die europaweite konventionelle bäuerliche Landwirtschaft nicht mit der gewerblichen Lebensmittelproduktion zu vergleichen ist. Viele hunderttausend Bauern sind in den letzten Jahren politisch gewollt zum extremen Wachsen oder zur Aufgabe gezwungen worden. Würde die Politik dafür sorgen, dass die verbliebenen Betriebe EU-weit gut beraten und Beihilfen und Direktzahlungen auf sie verteilt werden, haben wir bald eine bessere Welt. Ich glaube, wenn die Preise und der Absatz stimmen, lassen sich diese Bauern von einer artgerechten Tierhaltung, sozialer und mehr ökologischer Landwirtschaft überzeugen. Die Hauptsache ist, das Familieneinkommen passt. Nur mit dem Finger auf andere zeigen, um vom eigenen Lebensstil mit viel Roh- und Treibstoffverbrauch abzulenken, ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg, um unsere Welt menschen- und tierfreundlicher zu gestalten. Der Methanausstoß von Rindern soll ein Klimaproblem sein, aber der oft sinnlose Treibstoff-

verbrauch für weltumspannende Menschen- und Warentransporte wird als globale Errungenschaft gepriesen. Was nützt eine ökologisch einwandfreie Lebensmittelproduktion, wenn dabei Unmengen Treibstoff zu Gas gemacht werden, ehe das Essen auf dem Tisch steht. Weltweit besteht die große Chance, den Start einer modernen, gentechnikfreien bäuerlichen Landwirtschaft mit immer mehr artgerechten Tierhaltungsanlagen zu ermöglichen. Ohne konventionelle und biologisch wirtschaftende Bauern kann es keine lebenswerte Zukunft geben. Tierhaltung in großer Masse, Erntemaschinen, die so breit sind, dass Tiere keine Chance zur Flucht haben, und Ackerflächen, auf denen ein übrig gebliebener Hase sich verlaufen kann, werden bald der Vergangenheit angehören. Wir sind die mit Abstand reichste Zivilisation aller Zeiten, doch sind wir genauso weit von dem Wort „genug“ oder von Zufriedenheit entfernt, wie in der fernen „primitiven“ Vergangenheit. Miteinander können wir viel zum Guten hinwenden, die Hand reichen und nicht nur mit dem Finger zeigen. So können wir am besten eine bäuerliche Landwirtschaft mit regionaler Vermarktung schaffen und das weltweit.

*Martin Ramschulte,
48624 Schöppingen*

Belastung durch Tierkot

Der Arzneimittelbrief, eine renommierte und unabhängige medizinische Fachzeitschrift, veröffentlicht in seiner letzten Ausgabe (AMB 2013: 47, 17) einen umfassenden Artikel über Infektionen mit antibiotikaresistenten, gramnegativen Bakterien. Bakterielle Resistenzen gegenüber Antibiotika haben bei Patienten mit schweren Infektionen zu einem Anstieg der Letalität geführt. Solche Infektionen werden vom „World Economic Forum“ als eines der größten Gesundheitsrisiken der Zukunft eingestuft. In diesem Artikel wird ausführlich die Rolle der Massentierhaltung in der Verursachung dieser Resistenzen dargestellt. Eine wichtige Aussage ist, dass, neben der spontanen Entwicklung resistenter Bakterien, diese viel häufiger durch Kontamination aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung und durch den Eintrag von humanen Fäkalien und Abwässern aus Krankenhäusern entstehen. Die resistenten Erreger stammen also ganz überwiegend aus dem Darm von Mensch und Tier; auf diese Weise werden Wasser, Nahrungsmittel und Umwelt mit Erregern, aber auch mit

Antibiotika kontaminiert. Hierbei werden die folgenden Übertragungswege auf den Menschen formuliert: „Über landwirtschaftliche Produkte von Feldern, die mit Fäkalien gedüngt und/oder mit Abwasser in Kontakt waren. -Durch Verzehr von Nutztieren, die Antibiotika erhalten haben. -Durch Verzehr von Fischen, die diese Bakterien und Gene über Abwasser aufgenommen haben. -Über Trinkwasser, das aus kontaminiertem Grundwasser gewonnen wurde. -Durch kontaminiertes Küstenwasser, das in zunehmendem Maße zur Aquakultur benutzt wird.“ Die Autoren folgern, dass „die Entwicklung neuer Antibiotika zwar dringend nötig, aber dieser Weg allein, ohne auch Einfluss auf die ökologische Gesamtsituation zu nehmen, unzureichend erscheint, um die Situation zu verbessern.“ Während diese Erkenntnis in der Humanmedizin zunehmend dazu führt, den Einsatz von Antibiotika zu verringern und Patienten bei Krankenhausaufnahme auf resistente Bakterien zu untersuchen, um sie notfalls zu isolieren und entsprechend zu behandeln, scheint das Problem bei Massentierhal-

Unser'm Vieh zur Ehr

Olle Johr des gleiche,
Olle Johr bei Mensch oda Vieh, a neie Seiche.
Bis BSE und SARS hod des ganz guad klappt,
bei da Blauzunga wurd dann den Plan gekappt.
Schweinegripp'n, Vog'lsteam, oiahand dangan se do manche aus,
und spinnnan damit bei Vieh und Mensch a soitsames garaus.
Bei dem BVD laft's an ned ganz a so,
de Bauan lus'n auf, wos hängt do an da Stanz'n no ois dro?
Jatzad bei da TBC soin unschuldige Hirsch und Kiah eana Lem
hi'gem,
es frogtse bloß fia wem ?
Trotz neier schoier Eilverordnung, es bleibt beim gleichn oidn
Schnä,
des wo do mit unsane Muggal g'macht wean soid,
des is einfach ned Okä!
Drum Leit in Stod und Land, passt's auf wos do kimmt vo irgendwo hea,
glabts ned glei ois, sunst wead des wieda a rieß'n Maleur.
Es liabe Stimmgewoht'n, weist's de unschenierte Pharma-Gier
in seine Schrank'n,
sunst kimmt des Vertrau'n in deine g'studiert'n Viehokraten,
akorat ins wank'n
Damit wieda Ruah und Fried ei'kehrt in Hof und Land,
das Bauan und Behörd'n vernünf'ti weida macha kinnan mitanand.
De Arbat mit unsane Viecha wieda a Freid dann sei,
sie schengan uns wertvoie Produkte ollerlei.
An grouß'n Dank und Respekt gib i olle unsane Wes'n,
aloa scho das do san, ned grod weng an Ess'n.
Drum Leit hoit ma zam in Recht und Ehrn,
G'sunde Produkte, Viecha und Menschn doraus wean.

Georg Hartinger, 84427 St. Wolfgang Obby



Viel drin

Foto: Zunhammer

tern und Landwirtschaftskammern nicht wahrgenommen zu werden. Bis heute liegen keine regelmäßigen Untersuchungen von Tierfäkalien aus der Massentierhaltung zur Belastung mit Antibiotika und resistenten Keimen vor, während der „Nährstoffgehalt“ vor einem Einsatz als Dünger sehr ausführlich untersucht wird. Um es einmal polemisches zu formulieren: es ist mir völlig unverständlich, weshalb ich kontaminierte Materialien von infizierten Patienten in meiner Praxis teuer als Sondermüll entsorgen lassen muss, während ein Landwirt diese als Dünger auf die Felder ausbringen darf. Die Autoren des Arzneimittelbriefes fordern u.a. die Umsetzung der folgenden Stra-

tegien zur Verminderung der Umweltbelastung durch Antibiotika: „Reduktion des Antibiotikagebrauchs in der Nutztierhaltung, Vermeidung der Massentierhaltung, Viehhaltung nur in genügendem Abstand zu Fließgewässern, Verringerung der Düngung von Feldern mit Fäkalien von Mensch und Tier, Besondere Behandlung des Abwassers aus der Viehhaltung, Zielgerichteter und reduzierter Einsatz von Antibiotika in Human- und Veterinärmedizin, Verwendung von abbaubaren Antibiotika, Entwicklung von Alternativen zur Antibiotikatherapie“ Diesen Forderungen habe ich nichts hinzuzufügen.

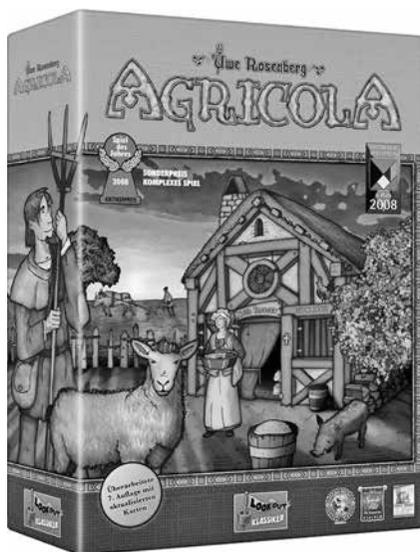
*Karlheinz Pralle, Mediziner,
29439 Lüchow*

Agricola – Ackern auf dem Küchentisch

Es braucht Zeit dieses Brettspiel, soviel gleich vorweg. Aber es lohnt sich für alle, die gerne komplexe, strategische Spiele mögen. Im Europa des 17. Jahrhunderts übernehmen die Spieler jeweils einen Bauernhof und die Rolle der Bauernfamilien. Um die Familienmitglieder zu ernähren und etwas Wohlstand zu erwirtschaften werden Getreide und Gemüse angebaut, Weiden eingezäunt, Ställe gebaut und Vieh aufgezogen. Bei all dem helfen Handkarten mit Ausbildungen und Anschaffungen, die im Verlauf von mehreren Runden mit verschiedenen Spielphasen eingesetzt werden können. Nebenher sollte der Hof ausgebaut und renoviert werden, um Platz für Familienzuwachs und Gäste zu haben. Je nach eigenen Vorlieben, Strategie und Kartenglück spezialisieren sich die Spieler in ihrer „Bewirtschaftung“ - für die Risikominimierung und für die Wertung ist es jedoch ratsam, den eigenen „Betrieb“ vielfältig aufzustellen und auch als Ackerbauer das Vieh im Blick zu haben und andersherum. Von den Regeln sollte sich niemand erschlagen lassen: es braucht halt ein bis zwei Spiele, um die Abläufe und Bedeutung der Karten kennen zu lernen. Aber Landwirtschaft ist schließlich

komplex – und bietet anschließend viele Möglichkeiten und immer neue Situationen. cw

Agricola, Brettspiel für 1 bis 5 Personen, Dauer ca. 30 min je Spieler, von Uwe Rosenberg, ISBN: 4250231700217, Lookout Spiele, 7. Auflage 2012, 42,95 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2008 2007
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!
.... Leitbild Schweiz oder Kasachstan	Stückpreis 8,-€ Neu!
.... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?	Stückpreis 8,-€ Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Ein ungewöhnlicher Erntehelfer

Der Tod wird in den Ruhestand versetzt, weil er sich zu viele Gedanken macht. Auf der Scheibenwelt ist er eine Persönlichkeit mit nachdenklichem Charakter. Als Sensenmann in schwarzer Kutte hat er stets sorgsam seine Aufgabe erfüllt, den Weg vom Leben in den Tod zu weisen. Allerdings ist er immer neugierig, was das Verhalten der Menschen angeht. Also nutzt er seine neu gewonnene Zeit, um sie als Teil der Gesellschaft „zu verbringen“: er arbeitet auf einem Bauernhof (sicherer Umgang mit der Sense vorteilhaft), lernt im örtlichen Pub Billiard spielen und trinken - und führt Gespräche. Das Problem ist nur: niemand begleitet das Sterben und so sammelt sich Lebensenergie, die Wege zurück auf die Welt sucht. Außerdem wird dem Tod klar, dass er die Menschen nicht einem neuen Tod ganz ohne Anteilnahme überlassen will...

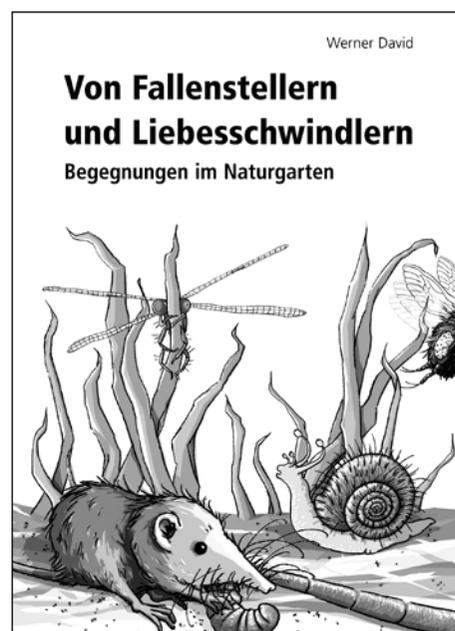
Es sind Fantasy-Geschichten, die der Brite Terry Pratchett über die Bewohner der Scheibenwelt schreibt - mit viel Augenzwinkern, Liebe zum Detail und erstaunlichen Parallelen zu unserer Gesellschaft. Da philosophieren ein uralter Baum und eine Eintagsfliege über das Leben – und machen deutlich, dass es immer auf die eigene Wahrnehmung ankommt. Gerade wegen dieser scheinbaren Kleinigkeiten begeistern mich die Geschichten immer wieder. Deshalb meine Empfehlung für Leute mit Spaß an skurrilem Humor: unbedingt lesen! cw

Terry Pratchett, Alles Sense (Originaltitel: Reaper Man), 320 Seiten, ISBN: 978-3-442-54696-1, Neuauflage 2011, Manhattan Verlag, 14,99 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag

Von Fallenstellern und Liebesschwindlern

Was es nicht alles gibt! Zurzeit lassen sich Gärten in ihrer ganzen Pracht bewundern: auf dem Hof, wo ich wohne, im sorgfältig gepflegten Bauerngarten genauso wie in Berlin mitten auf dem alten Flugfeld Tempelhof, wo aus Kisten und selbst gezimmerten Beeteinfassungen ein großer Gemeinschaftsgarten entstanden ist. Doch neben den Menschen freuen sich auch eine ganze Menge Tiere über die Vielfalt – besonders in Gärten mit Platz für Natur. Der Biologe Werner David hat sich mit diesem Buch zur Aufgabe gemacht, einige Begegnungen im Naturgarten biologisch fundiert, aber mit viel Augenzwinkern zu beschreiben. Auf eine Art, die immer wieder zum Schmunzeln bringt und Erstaunliches über allerlei Krabbel- und Kleinsäugegetier zu Tage fördert, schafft das Buch ein ganz neues Verständnis und Respekt für die Besonderheiten der tierischen Garten-Mitbenutzer. Wer weiß schon, dass Hummeln ihre Flügel einkuppeln müssen? Oder wie Asseln atmen und Leuchtkäfer das Licht anknipsen? Ein amüsant zu lesendes Plädoyer für Vielfalt und Platz für Lebensräume. cw

Werner David, Von Fallenstellern und Liebesschwindlern – Begegnungen im Naturgarten, 180 Seiten, ISBN: 978-3-89566-267-6, pala Verlag Darmstadt 2010, 14,00 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag



(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. **Anzeigenschluss für BS September ist der 15. August 2013**

Hof und Arbeit

• **Gebirgshof in Norwegen** sucht Betriebsshelfer ganzjährig. Volle Stelle Sommer, 75% Winter. Milchkuhe, Ziegen. Wohnung vorhanden. 450 km nördlich von Oslo.
email: siv.heier@oppdal.com
☎ 0047-45506052 deutsch/englisch.

• **Melkhus und Mutterkuherde** suchen Betreuung in den Sommermonaten. www.biolandhof-fischer.de
☎ 04723-3201

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.
Burkhard Schirmeister, Sipplingen,
☎ 07551-63609

• **Für unsere Freilandsau** suchen wir einen Deckeber aus Freilandbestand.
Näheres unter ☎ 04871-8419

NEULAND wird 25 Jahre alt!

Darum veranstalten die NEULÄNDER mit ihren Trägerverbänden ein Hoffest, Motto: **Von der Provokation zum Leitbild!** Besonders tiergerechte Haltung bei NEULAND!

Alle ABler und Leser/innen der Bauernstimme sind herzlich eingeladen zum Hoffest bei Stallbesichtigungen, Diskussionen, Vorträgen, Verkostungen, Musik und netten Gesprächen, zu kommen. Zeit: Sonntag, den 01.09.2013 von 12.00 - 20.00 Uhr
Ort: NEULAND-Hof von Martin Steinmann, Ibbornbürener Str. 9, 49504 Lotte, nicht weit von Osnabrück.
NEULAND freut sich auf euren Besuch!

**WINDENERGIE-
BETREIBER GESUCHT**

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage oder Ihre Mehrheitsbeteiligung
- ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de

**EIT | Freund & Partner**

Lutherstadt Wittenberg

Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrart@etl.de
Web: www.etl.de/fp-wittenberg
www.facebook.com/fpwittenberg

Termine**AbL Felderbegehung**

03.07.2013 *Trostberg*, 19.00 Uhr
Anschließend geselliges Zusammensein mit Kurzreferaten von Landwirtschaftsdirektor Alfons Leitenbacher, Christoph Fischer, Zivilcourage, Dr. Anita Idel, Tierärztin, zum Thema Humusaufbau und Bodengesundheit.
Ort: Georg Planthaler, Kaps 3, 83308 Trostberg

AbL Bienen und Insektizide

10.7.2013, *Dresden*, 19.00 Uhr
„Beschleunigen neuartige Insektizide das Bienensterben?“
Vortrag mit anschließender Diskussion. Welchen Anteil haben Neonikotinoide am Bienensterben, und wird der jetzt begangene Schritt ausreichen, das Bienensterben aufzuhalten? Wir wollen über die Bienen und die Wirkungen, die von Insektiziden ausgehen, diskutieren. Einführung von Entomologe Dr. Matthias Nuß, NABU Sachsen, und Imker Michael Grolm, AbL Thüringen.
St. Pauli Salon, Hechtstraße 32, 01097 Dresden

AbL Mensch Macht Milch

28.06.-10.07.2013, *Matthias-Ehrenfried-Haus, Würzburg*
11.07.-20.07.2013, *Kellerperle, studentisches Kulturzentrum*

AbL Mensch Macht Milch

19.07.2013, *Würzburg*, 20.00 Uhr
Veranstaltung zur Mensch-Macht-Milch Ausstellung: „Agrarpolitik-nicht nur was für Bauern und Politiker“, Talk-Abend mit Bäuerinnen und Bauern aus Franken.
Kellerperle, studentisches Kulturzentrum, Am Studentenheim 1, 97072 Würzburg

Zukunft grüne Gentechnik?

11.07.2013, *Ehingen*, 20.00 Uhr
Hat grüne Gentechnik Zukunft? Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten. Veranstalter: Bündnis für eine gentechnikfreie Region (um) Ulm und Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft Baden-Württemberg. Brauhausstraße, 890584 Ehingen-Berg, ☎ 07391/771710

Solidarische Landwirtschaft

12.-14.07.2013 in *Heidelberg*
In diesem Seminar werden Hintergründe und Entwicklungen dieser neuen Wirtschaftsform vorgestellt. Es soll ganz praktisch an die Planung und den Aufbau eines Solidarhofes herangegangen werden. Dabei werden allgemeine Faktoren, Schritte und Prozesse verdeutlicht, die speziell für den Aufbau einer SoLaWi wichtig sind (z.B. bei Kommunikation, Organisation, Planung).

Mir hams satt!

Demonstration 13. 07. 2013 in *München*
11.00 Uhr Auftaktkundgebung am *Odeonsplatz*
www.wir-haben-es-satt.de

**Busfahrt zur Demo**

Die Landkreise Traunstein und Berchtesgadener Land bieten gemeinsame Busfahrt zur Demo.
Abfahrt:
8:00 Uhr Weibhausen
8:15 Uhr Traunstein Chiemgauhalle
Anmeldung bei Leonhard Strasser
☎ 08681/9839

Du kannst Tränen vergießen, weil er gegangen ist.
Oder du kannst lächeln, weil er gelebt hat.
Du kannst die Augen schließen und träumen, dass er wiederkehrt.
Oder du kannst die Augen öffnen und all das sehen, was er hinterlassen hat.

Klaus Elble

war ein engagierter Kämpfer für eine bäuerliche Landwirtschaft. Ihm waren die Landwirtschaft und der ländliche Raum wichtig. Es ging ihm aber nicht nur um die Höfe und deren Ausgestaltung, sondern vor allem um die Menschen und ihre Lebensbedingungen. Es war ihm wichtig, die Landwirtschaft so zu gestalten, dass die Menschen damit leben konnten, dass die Bedingungen auf dem Land tragbar und ertragbar sind. Er wollte die Agrarpolitik mitgestalten, statt hinzusitzen und zu warten, bis einer kommt und es richtet.

Klaus Elble wurde 1998 Mitglied in der AbL. Er engagierte sich über 10 Jahre im Landesvorstand Baden-Württemberg als stellvertretender Vorsitzender und noch einige Jahre darüber hinaus als Beirat in der LSV Baden-Württemberg. Dafür bedanken wir uns sehr herzlich.

Unser besonderer Dank gilt auch seiner Familie, die ihm Raum gegeben hat, dieses Engagement zu leben.

Der AbL Landesvorstand Baden-Württemberg

Der Erfahrungsaustausch mit Landwirten und Mitgliedern älterer SoLaWis steht im Mittelpunkt.

Seminar Beitrag: 75 €, Unterkunft & Verpflegung: 50 €, info@solidarische-landwirtschaft.org, www.solidarische-landwirtschaft.org

Wasser global und lokal

19.07.2013, *Witzenhausen*, 13.00 Uhr

Der Hochschulverband Witzenhausen e.V. (HVV) in Kooperation mit dem Fachbereich 11 Ökologische Agrarwissenschaften und den Stadtwerken Witzenhausen veranstaltet eine eintägige Tagung zum Thema „Gefährden wir unsere Lebensgrundlage Wasser?“. Am Beispiel des Maßnahmenraumes Witzenhausen wird die praktische Zusammenarbeit von Landwirten und Beratern für eine gewässerschonende Landwirtschaft und die durchgeführten Maßnahmen, wie die Untersuchungen der Böden, die Erstellung regionaler Düngeempfehlungen und die Einrichtung von sogenannten „Leitbetrieben“, erläutert.
Kleine Aula, Nordbahnhofstraße 1 A, 37213 Witzenhausen, Anmeldung unter: hvv.agrar@t-online.de

AbL Sommerfest

04.08.2013, 97725 *Elfershausen*
Die AbL Franken und der BDM machen auf der Trimbung in Elfershausen ein Sommerfest mit Buchlesung von Dr. Karin Jürgens aus ihrem neuen Buch „Milchbauern und ihre Wirtschaftsstile“.
10.00 Uhr Beginn Sommerfest.
14.00 Uhr Buchlesung.
Info: Alfred Greubel, ☎ 0175-5863228

AbL Zukunft der bayrischen Landwirtschaftspolitik

08.08.2013, 83365 *Sondermoning Landgasthof Zenz*, 20.00 Uhr
12.08.2013, 83317 *Teisendorf Gasthof Alte Post*, 20.00 Uhr
Bürger und Bauern fragen die Landtagskandidaten zur Zukunft der bayrischen Landwirtschaftspolitik. Podiumsdiskussion mit unseren Landtagskandidaten
Moderation: Georg Planthaler

Demo in Wietze

29.08.-01.09.2013, *Sommercamp*
31.08.2013 *Demo*
Kundgebung, Demonstration, Schlachthofumzingelung, Konzert und Sommercamp.
Infos siehe Beilage, und www.wir-haben-es-satt.de/sommeraktion-wietze

Fachtagung Naturschutzrecht

26.-27.09.2013, *Kassel*
Unter dem Titel „Landnutzung in der offenen Kulturlandschaft“ diskutieren Rechtswissenschaftler mit Praktikern rechtliche Entwicklungen im nationalen und internationalen Naturschutz. Veranstalter: Bundesverband Beruflicher Naturschutz e. V.
Infos: www.bbn-online.de



AbL-Bundesmitgliederversammlung

vom 22. - 24. 11. 2013
in Altenkirchen/Westerwald



Damit der Spaß nicht zu kurz kommt, bitte schon mal dick im Kalender anstreichen



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:

Christoph Dahlmann, Tel.: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel. 04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel. 08562/870; Josef Schmid, Tel. 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel. 08330-1413; Herbert Siegel, Tel. 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Michael Beleites, michael.beleites@web.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel.: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel. 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel:

036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497,

mail@kanzlei-kersten.de;



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Auf der anderen Seite des Zauns

Alle Rinder scheinen es zu wissen: Das Gras auf der anderen Seite des Zauns schmeckt immer besser als jenes auf der eigenen Seite. Wie oft sieht man Rinder am Zaun stehen, unter dem Zaun hindurch fressend, immer darauf bedacht, keinen Stromschlag zu kriegen, wenn es sich um einen Elektrozaun handelt, oder bei einem gewöhnlichen Dreifachstacheldrahtzaun den Kopf zwischen den Drähten hindurch gefädelt, die Drähte dehnend, bis ein Stachel sich dann doch schmerzhaft ins Fleisch drückt.

Es war ein früher Morgen. Mein Mitarbeiter war im Melkstand am Melken, und ich saß im Pickup-Truck, um meine tägliche Kontrollfahrt ins Moor zu unternehmen, Tiere zählen, Euterentwicklung kontrollieren, Tränken überprüfen. Auf dem Weg zur Weide hörte ich Radio. Im Deutschlandfunk lief eine Reportage über Bauern an der Elbe, die im Hochwasser alles, aber auch alles verloren hatten. Einer, den sie zu interviewen versuchten, war nicht zu verstehen. Die Stimme brach ihm weg, und augenblicklich schossen mir Tränen in die Augen, so sehr berührte mich das Schicksal dieses Bauern. So lange ich über so etwas heulen kann, dachte ich, bin ich noch nicht kalt wie ein Stein. Ich musste mir erst mal den Ärmel durchs Gesicht wischen, um überhaupt weiterfahren zu können.

Dann kam ich im Moor an. Eines meiner Jungtiere, das ich schon öfter auf der anderen Seite des Zaunes hatte fressen sehen, war durchgegangen. Der altersschwache Mittelzaun war unter der Dehnung des Rinderhalses gerissen und das Jungtier war durch

den Zaun gestiegen, um endlich ganz in Ruhe das wirklich leckere Gras des Nachbarn zu fressen. Wie immer hatte ich einen Eimer Getreideschrot zum Anlocken der Tiere sowie blaues Strohband zum notdürftigen Flickens des Zaunes dabei. Ich verschloss also zunächst einmal die Lücke im Zaun, wobei mich alle Jungtiere – die auf der Weide und jenes außerhalb des Zaunes – neugierig beäugten.

Dann holte ich den Eimer Schrot aus dem Pickup und lockte das ausgebrochene Jungtier zum Hecktor. Bereitwillig und gierig lief es auf dem Feldweg hinter mir her, während auf der anderen Seite des Zaunes die Jungtierherde ebenfalls in unsere Richtung lief. Am Hecktor angekommen, hatte ich nun ein Pro-

blem. Würde ich das Tor öffnen, so konnte ich mir sicher sein, dass alle Jungtiere in Nullkommanix in gieriger Erwartung des Getreideschrotes aus dem Feld auf den Feldweg strömen würden, und statt alle Tiere auf der Weide hätte ich dann alle Tiere auf dem Feldweg. Nun hätte ich also zu zweit sein müssen. Aber ich war nicht zu zweit. Ich konnte nicht gleichzeitig die Tiere auf der Weide zurückhalten und das ausgebrochene Jungtier hinauf locken.

Ich guckte mich um und horchte. Ich hörte einen Trecker. Tatsächlich, der Feldnachbar war schon dabei, seine Moorwiesen für die Pferde zu mähen. Ich kippte dem Jungtier ein wenig Schrot hin, damit es nicht weg lief, und rannte zum Nachbarfeld, dem Kollegen winkend. Er sah mich sofort und steuerte auf mich zu. „Moin!“ rief er vom luftgefederten Treckersitz zu mir herunter: „Brauchst du Hilfe?“ „Jop“, antwortete ich, „ich müsste mal zu zweit sein!“ Er lachte, stieg vom Trecker und kam mit mir zur Weide. Ohne dass ich es ihm erklären musste, wusste er, was zu tun war. Er öffnete das Hecktor und hielt die Jungtiere winkend und gestikulierend auf Abstand, während ich das abtrünnige Tier durch das Heckloch auf die Weide lockte, den Eimer Schrot in der Hand. Den verteilte ich nun für alle. Zufrieden standen die Tiere und fraßen; ich verschloss das Hecktor und bedankte mich. „Keine Ursache“, sagte der Nachbar, „ich bin gerne zu zweit!“

„Ich geb mal einen aus!“, rief ich ihm hinterher, während er zu seinem Trecker zurück ging, weiter mähen. Wie schön, dass er gerade in der Nähe war, dachte ich bei mir. Manchmal ist es doch gut, dass man nicht alleine ist auf dieser Welt.

Matthias Stübrowoldt



Gelebte Solidarität

Ich wartete beim Landmaschinenhändler, bis ich an der Reihe war. Als der Kunde vor mir seinen Familiennamen für die Rechnungsadresse nannte, meinte der Landmaschinenhändler, „Den Namen gibt es dort noch öfter, seid ihr miteinander verwandt?“ Der Bauer bestätigte: „Wir sind drei Nachbarn mit dem gleichen Familiennamen. Doch wir sind alle nicht miteinander verwandt. Allerdings verstehen wir uns gut und helfen einander immer wieder aus.“ Nach einer Pause fügte er noch hinzu: „Natürlich gibt es auch ab und zu Schwierigkeiten. Mein Nachbar hat ein Stück Land

gekauft, das ich fünfzehn Jahren gepachtet hatte. Doch es hilft ja nichts deswegen böse zu sein. Wir wohnen nebeneinander und wir brauchen uns gegenseitig, deshalb ist es besser, in Frieden miteinander zu leben.“ Diese Einstellung hat mich aus zwei Gründen ziemlich beeindruckt. Solidarität unter Berufskollegen bröckelt oft sehr schnell, wenn es etwas zu verteilen gibt. Schön ist, dass es nicht in jedem Fall so sein muss. Obwohl die Erkenntnis, aufeinander angewiesen zu sein nichts Neues ist, finde ich es einen beachtlichen Schritt, das zu akzeptieren und sich entsprechend zu verhalten. Ich

bin überzeugt, dass es noch genügend ähnliche ermutigende Beispiele von gelebter Solidarität gäbe. Nur sind sie eben selten ein Thema, weder in Medien noch in Alltagsgesprächen. Schade eigentlich, denn nur was in irgend einer Form gesät wird kann auch aufgehen. Jörg Bäuerle

Dieser Text unseres Lesers Jörg Bäuerle ist von ihm als Anregung gedacht, vielleicht haben ja auch noch andere Menschen Lust, uns von Beispielen gelebter Solidarität zu berichten. Wir freuen uns auf zahlreiche Zuschriften!

unabhängige Bauernstimme: gerne zu zweit

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221